

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werttages. Der Abonnementspreis beträgt 6. Lieferung durch Posten frei Haus f. b. Woche d. 12.—17. Novbr. 170 Milliarden Mark. Einzelverkaufspr. 80 Milliarden Mark.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.



Lübecker

Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Zeile ob. deren Raum 20 Gold-Pfennige, auswärtige 25 Gold-Pf., Beisamm., Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Gold-Pfennige, Reklamen 80 Gold-Pfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Nummer 261.

Mittwoch, 14. November 1923.

30. Jahrgang.

Was geht vor?

Wird das Ruhrgebiet preisgegeben? / Politik nationalistischer Phrasen?

SPD. Berlin, 13. November. (Drahtber.)

Außer dem Fünfkörnerauschuss der besetzten Gebiete weitten am Dienstag auch die Ministerpräsidenten jener Länder in Berlin, von denen einzelne Gebiete besetzt sind. Der bayrische Ministerpräsident v. Künzing hat es vorgezogen, den Kultusminister Ratti als Vertreter zu schicken. Wie wir erfahren, hat der Reichskanzler Gelegenheit genommen, mit ihm u. a. auch persönlich über den Konflikt zwischen Bayern und dem Reich Besprechungen zu führen.

Das vorläufige Ergebnis dieser Besprechungen wird so dargestellt:

Das Kabinett wird voraussichtlich einen Aufruf an das deutsche Volk und darüber hinaus an die Welt erlassen und feststellen, daß die vertragswidrige Besetzung des Ruhrgebiets als Kriegssaktion zu betrachten sei

und den Bestimmungen des Haager Landkriegsabkommens unterliegt, die der Besatzungsmacht die Verantwortung für die Sicherheit und Versorgung des von ihr besetzten Gebietes auferlegt.

Durch diese Aktion sei auch jede Verpflichtung Deutschlands aus dem Versailler Vertrag zum Ruhen gebracht, wie ja auch Deutschlands Rechte aus dem Versailler Vertrag durch die Ruhrbesetzung außer Kraft gesetzt worden seien. Trotz dieses klaren Rechtszustandes ist die deutsche Regierung im Hinblick auf die außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die ungeheure Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet bereit, über den 15. 11. hinaus für weitere 10 Tage die Arbeitslosenunterstützung zu bezahlen, aber nicht über den 25. November hinaus, da der finanzielle Zustand des Deutschen Reiches eine weitere Belastung unter keinen Umständen zuläßt.

*

Mit dem Eintritt des früheren Oberbürgermeisters Dr. Jarres als Innenminister in das Kumpfkabinett des Reiches hat die deutsche Außenpolitik eine

verhängnisvolle Wendung

genommen, gegen die sich vor Wochen selbst Herr Stresemann als Reichskanzler im Reichstag wie in den Verhandlungen mit den Parteiführern und schließlich in den unter seinem Vorhitz abgehaltenen Kabinettsitzungen der großen Koalition gewandt hat. Noch bevor die Ernennung von Dr. Jarres zum Innenminister vollzogen war, haben wir wiederholt auf die außenpolitischen Gefahren verwiesen, die sich aus seinem Eintritt in das bestehende Kumpfkabinett ergeben mußten. Schneller als angenommen werden konnte haben sich unsere Befürchtungen bewahrheitet und es scheint überhaupt, daß der neue Reichsinnenminister sein Amt nur unter der Voraussetzung einer vollkommenen Uenderung in dem bisher auf Verständigung eingestellten Kurs der Außenpolitik angetreten hat. Denn bereits in seiner am Dienstag vor den Beamten des Innenministeriums gehaltenen Antrittsrede spielte er leichtfertig mit dem „vorübergehenden“ Verlust des Ruhrgebiets und verwies zum Trost für den geplanten Landesverrat auf die dereinst wiedererstehende „Sonne“.

Eine Stunde später zeigte sich der bisherige Verständigungspolitiker Stresemann dem eiligst zusammenberufenen Fünfkörnerauschuss der besetzten Gebiete als getreuer Anhänger der von Jarres und den Deutschnationalen seit Wochen vertretenen, von ihm aber noch vor wenigen Tagen bekämpften Außenpolitik. Ueber Nacht ist er sich also auch außenpolitisch untreu geworden, nachdem

er innenpolitisch bereits vor der deutschnationalen Straße kapituliert und so scheinbar geglaubt hat, endgültig den Befähigungsnachweis zur Leitung einer Regierung des Bürgerblocks erbringen zu können. Jetzt soll die deutschnationale Katastrophenpolitik verwirklicht und in der Praxis mit Frankreich „gebrochen“ werden. Es ist beabsichtigt, bis zum 15. oder 25. November alle für das Ruhrgebiet bisher noch geleisteten Unterstützungen, insbesondere die Beträge an die Erwerbslosen und Sozialrentner zu sperren und die Verantwortung für die Existenz der Armen unter den Armen der französischen und belgischen Regierung als Besatzungsmächte überlassen.

Aus den am Dienstag erfolgten Erklärungen des neuen Reichsinnenministers vor seinen Beamten ergibt sich, daß die Befürworter der jetzt in Vorbereitung befindlichen Außenpolitik sich über die Folgewirkungen ihrer Maßnahmen vollkommen klar sind, denn Herr Jarres hat von einem vorübergehenden Verlust des Ruhrgebietes gesprochen. Es fällt uns schwer, dementsprechend feststellen zu müssen, daß jetzt selbst von amtlicher Seite durch deren Praxis Bestrebungen in den besetzten Gebieten unterstützt werden, die von der Bevölkerung dieser Gebiete monatelang bekämpft und deren Verwirklichung erst in den letzten Wochen unter großen Blutopfern verhindert worden ist. Auch wir verkennen keineswegs die finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich das Reich heute befindet und wissen sehr wohl, daß die wahnsinnige Politik Poincares hierzu ihr wesentliches Teil beigetragen hat. Dennoch sprechen wir der Regierung das Recht ab, jene jetzt beabsichtigte Politik zu treiben, weil wir der Auffassung sind, daß noch nicht alle finanziellen Kräfte zur Besserung unserer Lage im unbesetzten Gebiet erschöpft wurden und damit eine tatsächliche Berechtigung zu den jetzt in Aussicht genommenen Maßnahmen nicht im geringsten gegeben ist. Wir müssen es ablehnen, dem Kumpfkabinett Stresemann auf dem jetzt beschrittenen Wege zu folgen und einen Teil deutscher Staatsbürger mit unserer Zustimmung in die Hände derjenigen spielen zu lassen, gegen die sie bisher unter großen Opfern, mit moralischen Mitteln bis auf äußerste gekämpft haben. Für vergangene und beabsichtigte Verfehlungen der Reichspolitik sowie den Wahnsinn des französischen Ministerpräsidenten bedürftige deutsche Volksgenossen büßen zu lassen und sie einem Gegner auszuliefern, gegen den zu kämpfen ihnen bisher als höchstes Ideal dargestellt wurde, ist die deutsche Sozialdemokratie nie und nimmer bereit, wie sie überhaupt niemals ihre Zustimmung zu einer Politik geben wird, die in der Praxis deutsches Land vorübergehend preisgibt, um es in späteren Tagen mit anderen Mitteln der Politik wiederzugewinnen.

Rechtlich ist die Regierung überhaupt nicht befugt, die auf den Bruch mit Frankreich hinauslaufenden Bestrebungen zu verwirklichen. Sie besitzt bis heute nicht das Vertrauen des Reichstages und hat bis jetzt aus guten Gründen auch keine Bemühungen gemacht, es zu erwerben. Deshalb wird versucht, die für unser Volk und die Zukunft des Reiches weittragenden Entschlüsse auf die Meinung eines Ausschusses zu gründen, der keineswegs berufen ist und kein Will, als Vertretung unserer Volksgenossen in den besetzten Gebieten zu gelten. Handelt die Regierung trotzdem und vollzieht sie praktisch den Bruch, dann macht sie sich einer Tat schuldig, über die unser Volk und die deutsche Geschichte später nur einer Auffassung sein werden und die erst in diesen Tagen in Bayern ihre Vollendung finden sollte.

Deutsche Delegierte sollen geladen werden.

Englische Einwände.

Paris, 13. November.

Die Reparationskommission hat in ihrer Sitzung heute nachmittag beschlossen, in kürzester Frist deutsche Delegierte über die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches gemäß dem Antrag der deutschen Regierung vom 24. Oktober auf Grund des Paragraphen 234 des Friedensvertrages anzuhören. Einen Zeitpunkt hat der Ausschuss nicht festgestellt, jedoch der Kriegslastenkommission gegenüber den Wunsch ausgesprochen, daß die Vernehmung in den nächsten zehn Tagen erfolgen soll. Wie man erfährt, dürfte sie jedenfalls am Freitag, 16. November, stattfinden.

Der Wiederherstellungsausschuss hat sich ferner mit dem Antrag des französischen Vertreters Barthou beschäftigt, der die Einsetzung eines Sachverständigen-Ausschusses zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands beantragt. Der Ausschuss hat einstimmig beschlossen, über diesen Antrag erst eine Entscheidung zu treffen, nachdem die Verhandlungen mit den deutschen Vertretern stattgefunden haben.

Der englische Vertreter Sir John Bradburn hat im Lauf der Sitzung zwei wichtige Erklärungen

abgegeben. In der ersten Erklärung stellte er fest, daß nach seiner Ansicht die Vernehmung der deutschen Sachverständigen zwecklos sei, da die Politik der letzten elf Monate den Mechanismus des Friedensvertrages so vollkommen zerstört hätte, daß man den Zweifel aussprechen dürfe, ob er überhaupt noch funktionieren könne. Da aber die deutsche Regierung selbst verlangt habe, daß man ihre Vertreter anhöre, wolle er sich diesem Wunsche nicht widersetzen. Hinsichtlich des vorgeschlagenen Sachverständigen-Ausschusses, dessen Befugnisse die französische Regierung zu beschränken versuche, müsse er erklären, daß ihm dieser Vorschlag vorkomme wie jemand, der Erdbeben mit Willen heilen wolle. Jedoch sei zu bemerken, daß der Ausschuss, wenn er eingesetzt werde, seine Untersuchungen auf alle Ursachen zu erstrecken habe, die die jegige Krise herbeigeführt haben. Es müsse ihm gestattet werden, alle Mittel vorzuschlagen, die zur Beseitigung der deutschen Krise erforderlich seien. Die Zuständigkeit des Ausschusses müsse durch die Reparationskommission genau bestimmt werden, da gewisse Befugnisse nicht der Kommission zuständen, sondern den verbündeten Regierungen.

Dollar 1260 Milliarden.

1 Goldmt. 300 Milliarden, 1 Goldpf. 3 Milliarden.

Was ist Marxismus?

Eine Vorlesung für Herrn Stresemann.

Ein Gespenst geht in Deutschland um, das Gespenst des Marxismus.

Zuvörderst wurde es in München gesehen, es trug Klauen und Hörner und hinterließ einen penetranten Schwefelgeruch. Tapfere Männer machten sich auf, es zu verfolgen, ihr Wollen war „groß und rein“ — sagt Kahr —, aber infolge von „Unverständnis und Tüde“ wurden sie untereinander uneins und schnitten sich gegenseitig die Hälse ab.

Nun hat es Herr Stresemann in Halle mit einer anderen Methode der Verjährung versucht. Er erkannte, daß der Marxismus gar nicht der Unhold und Kinderfurcher ist, als der er den Hafentruugläubigen im Bürgerbräu erschien. Der Marxismus ist vielmehr ein freundlicher Geist, maßvoll, staatsmännisch besonnen und beinahe nationalliberal. Man muß ihn nur richtig behandeln, meint Herr Stresemann. Also redet er ihm gut zu, er solle sich von hinten scheren, da er doch nur für „eine Periode der Hochkonjunktur“ geeignet sei. Das hätte sein geistiger Vater, Karl Marx, schon einsehen müssen, denn er würde seine Ideen auf diese Zeit gar nicht angewendet haben.

Aus all dem folgt, daß die Kapazitäten über den Begriff des Marxismus nicht ganz einig sind. Sie waren es noch nie.

In München ist man z. B. überzeugt, daß der Marxismus etwas Undeutsches, Jüdisches, Vaterlandsloses und Novemberverbrecherisches ist.

In Paris jedoch gibt es zwei Professoren, Urdler und Lasine, die im Jahre 1914 Bücher, Broschüren und Artikel veröffentlichten, in denen haarklein nachgewiesen war, daß der Marxismus nichts anderes sei, als eine fürchterliche Erfindung der Alldutschen, eine intrigante Methode, unschuldige Gehirne mit einer deutschen Gelehrsamkeit zu vergiften, die keinen anderen Zweck verfolgte als den, die Welt zur Eroberung durch den Kaiserismus vorzubereiten.

Als Deutscher muß man blutenden Herzens bekennen, daß diese Schriften von Urdler und Lasine turmhoch über dem Münchener antimarxistischen Bodmist standen. Sie waren sehr geistreich geschrieben und ruhten auf einer eifrigen Lektüre der Werke von Marx und Engels, wie die große Zahl der verwandten Zitate beweist.

Aus diesen flüchtigen Vorbemerkungen geht schon hervor, daß man aus den Schriften von Marx und Engels sehr viel beweisen kann. Aber so wie mit ihnen, ist es mit den Werken anderer großen Geister auch gegangen. Vom Stamm Hegels gingen zwei Äste aus: ein ultrareaktionärer und ein revolutionärer. Der alte Kant schien nur noch dazu da zu sein, um preussischen Dreiklassenministern als Erfinder des „kategorischen Imperativs“ zitiert zu werden, als die Neufantanten kamen und entdeckten, daß Kant mindestens ein ebenso revolutionärer Geist gewesen sei wie Karl Marx.

Die Frage, was Marxismus sei, ist damit aber noch nicht gelöst. Man kann sich auch nicht mit dem Sprüchlein trösten:

Als Marxismus sieht man an,

Was man nicht kapieren kann.

Was also ist Marxismus? Marxismus ist eine Summe nationalökonomischer, soziologischer, geschichtsphilosophischer Lehren, denen eines gemeinsam ist, nämlich daß sie eine ganz bestimmte Art darstellen, die Dinge der Menschenwelt zu sehen. Der Marxismus ist eine bestimmte Methode sozialwissenschaftlicher Forschung.

Herr Stresemann scheint dagegen zu meinen, der Marxismus sei eine Art von sozialistischem Aktionsprogramm. Denn sonst könnte er nicht zu der absonderlichen Behauptung kommen, Karl Marx würde selber seine Lehre auf die gegenwärtige Zeit nicht angewandt haben. Oder meint Herr Stresemann etwa, die Lehre von der Mehrwertzeugung und der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Kapital sei auf die Ära der Inflationsgewinnler, Stinnes u. Co., nicht anwendbar? Oder meint er, die materialistische Geschichtsauffassung, nach der alle politischen Erscheinungen maßgebend wirtschaftlich beeinflusst sind, werde durch die Stellung der Schwerindustrie in der Deutschen Volkspartei widerlegt? Oder findet er, die Lehre von der Verschärfung der Klassengegenstände habe ihre Geltung verloren in einer Zeit, in der die Zahl der Autobesitzer und die der Verhungerten in der gleichen Progression wächst?

Herr Stresemann, der da meint, der Marxismus passe nur für eine Zeit der Hochkonjunktur, hat offenbar völlig vergessen oder niemals gewußt, welche entscheidende Rolle gerade die Krisentheorie im marxistischen System spielt und welche geistige Kämpfe um sie entfesselt worden sind. Diese Krisentheorie hat im Lager des Marxismus selbst lebhafteste Anfechtung gefunden, weil man sie in der Vorkriegszeit, der Zeit der Produktions-

*) Was alles auf diesem Gebiet möglich ist, zeigt der Fall des Dr. Paul Lensch, der seinen „Marxismus“ gegen Papiermark an Stinnes verkaufte. Er hat die Ware ehlich geliefert und die Spalten der „V.Z.“ monatelang mit den bekanntesten Marx-Zitaten gefüllt. Nur eines behielt er aus guten Gründen für sich. Es lautet: „Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft zu ihrem bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“

Regelung durch die Kartelle, nicht bestätigt fand. Gerade die gegenwärtige Zeit aber mit ihrem wirtschaftlichen Niedergang und ihrer massenhaften Arbeitslosigkeit ist geeignet, dieser Lehre neue Anhänger zu gewinnen.

Dies alles ist ein weites Feld, das in gelehrten Zeitschriften besser behandelt werden kann als in der Presse, die dem politischen postlichen Tageskampf gewidmet ist. Dennoch bleibt die Verbindungslänge erschreckend, die zwischen dem besteht, was heutzutage über Marxismus geredet und geschrieben wird, und dem, was der Marxismus als geistiger Besitz für die Gebildeten bedeuten sollte. Hier zeigt sich mit niederträchtlicher Klarheit, in welcher Oberflächlichkeit die „praktische Politik“ von heute verhandelt ist.

Der „Marxismus“ Rahr-Hitlerischer Prägung ist weiter nichts als ein blödes Schlagwort, in dem sich die rohe Unbildung seiner Gebraucher manifestiert. Nun ist von den Münchener Intelligenzen nichts anderes zu erwarten. Aber wenn dann ein deutscher Reichskanzler und Doktor der politischen Wissenschaften kommt, um den Marxismus in der Art in Schutz zu nehmen, wie es Herr Stresemann in Halle ebenso wohlwollend wie ahnungslos getan hat, dann ist das allerdings ein sehr betrübendes Zeichen der Zeit.

Wenn es wahr ist, daß sich der Geist den Körper baut, dann kann die Auferstehung des deutschen Volkes nur aus der geistigen Erneuerung und Verlesung kommen. Die aber gerade ist es, die man so schmerzlich vernimmt. Man mag zu Marx stehen, wie man will, auf alle Fälle war er doch ein großer Gelehrter, der zum mindesten die Achtung verdient, die man der Wissenschaft im allgemeinen schuldet. Auch wenn man nicht auf die Worte des Meisters schwört — lernen kann doch noch jeder von ihm. Aber wer von denen, die heutzutage in Volksversammlungen gegen den Marxismus reden — Hand aufs Herz — hat auch nur ein einziges Wort von Karl Marx gelesen?

Ein Geipenst geht in Deutschland um, das Gespenst des Marxismus. Aber allen denen, die mit Beschwörungsformeln hinter ihm her sind, kann es zurufen:

Du gleichst dem Geist, den du begreifst!
Nicht mir!

Rahr wieder oben?

Zum Münchener Wirtswort!

München, 13. November. (Eig. Drahtber.)

In einer offiziellen Verlautbarung fordert die bayrische Regierung die gesamte Bevölkerung auf, in der Verwirrung dieser Tage das Staatswohl über alles zu stellen und die Staatsregierung mit dem Generalstaatskommissar in der Festigung der staatlichen Ordnung und in der Rettung des nationalen Gedankens zu unterstützen. Außerdem beschloß der Ministerrat, daß trotzdem die Reichsregierung die vollständige militärische Gewalt in die Hände des Generals von Seefeld gelegt habe auf Grund der besonderen Verhältnisse in Bayern der bayrische Ausnahmezustand unverändert fortbestehen

und die gesamte vollziehende Gewalt in einer Hand zusammengefaßt bleiben soll. Das ist die Hand des Generalstaatskommissars v. Rahr. Seine Autorität als Diktator festigt sich also wieder aus dem Volke selbst; denn Rahrs Verhörungen gegenüber den erregten Nationalaffinen, es handle sich bei ihnen nur um eine Verschiedenheit des Weges und nicht etwa der Ziele, bleiben offensichtlich nicht ohne Wirkung. Zu dieser Beruhigung hat auch das Verhalten Ehrhardts beigetragen, der durch sein persönliches Eingreifen die Stimmung gegen Rahr gedämpft hat. Offenbar aus einer Art Dankesgefühl heraus, nachdem Rahr in der bekannten Führerziehung vom 6. November zugefagt hat, die Forderungen Ehrhardts nach Befreiung der Lohnungsgelder der von ihm in Nordbayern zusammenberufenen Mannschaften aufzubringen, Ehrhardt will es aber auch mit den ganz radikalen Hitler-Anhängern nicht verderben. Darum läßt er heute erklären, daß seine Brigade nach ihrem Abzug aus dem Koburgischen keineswegs an der Niederstämpfung der Nationalsozialisten teilgenommen habe, sondern seine Brigade sich im Gegenteil ganz energisch gegen ein Vorgehen mit Waffengewalt gegen Hitler bei Rahr eingestellt und bewirkt habe, daß nach dem ersten unglücklichen Zusammenstoß weiteres Blutvergießen vermieden wurde. Aus dem Verhalten Ehrhardts muß man den Schluß ziehen, daß er beabsichtigt, die führende Rolle im Kampfe um die nationale Diktatur in Deutschland zu übernehmen.

Auch die Vaterländischen Bezirksvereine Münchens haben ihre Einstellung gegen Rahr geändert. Dafür rüchten sie nun ihre ganze Wut gegen die bayrische Regierung selbst, weil Kultusminister Matt in deren Namen bekanntlich eine Kundgebung herausgegeben hat, in der von dem Treiben Lubendorffs die Rede war. In dieser Betonung der Stammeseigenschaft Lubendorffs sehen die Verbände eine Spekulation auf gewisse separatistische Stimmungen, wie sie schwärmerischer und gemeiner nicht gedacht werden kann. Gegenüber dieser von der bayrischen Regierung zum Ausdruck gebrachten Bestimmung gibt es nur das Gefühl tiefer Beängstigung. gez. Kühner. An der Spitze derjenigen, die Lubendorff von der aktiven Teilnahme am Hitlerpaß abzuwenden wollen, stehen die „Münchener Neuesten Nachrichten“, die dieses Gefühl durch ihren Außenredakteur und ehemaligen Admiral Boellericham bezogen lassen, der ein persönlicher Freund von Lubendorff ist. Diese Rohrenwache geht selbstverständlich auf Kosten Hitlers, wofür den „Münchener Neuesten Nachrichten“ bereits einige Fenster eingeschlagen worden sind. Das Generalstaatskommissariat läßt heute erklären, daß Lubendorff und Hitler in der Putschnacht morgens um 5 Uhr durch einen Oberst von der Reichswehr offiziell in Kenntnis davon gesetzt wurden, daß Rahr-Losow-Seiffert nicht hinter ihnen ständen und daß die 7. Division nötigenfalls mit Gewalt die Ordnung wiederherstellen würde. Sie sollten also von ihrem Plan ablassen, weil sie sonst unfehlbar einen Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht herbeiführen. Zur Spatstunde Hitlers veröffentlicht übrigens am Dienstag Boellericham einen ihm am 1. November von Leipzig zugegangenen interessanten Brief, in dem es heißt: „Ich beschwöre Sie, alles zu tun, was in Ihrer Macht, um eine gewalttätige Aktion der Kampferverbände zu verhindern, denn man darf dem Gesundheitsprozeß nicht mit Gewalt vorzuziehen. Auch Preußen ist auf dem besten Wege, das Joch des Marxismus abzuschütteln. Die Weimarer Verfassung ist auf dem besten Wege, in föderalistischem Sinne geändert zu werden. Will man es zu einem Zusammenstoß mit der Reichswehr im Norden, die geschlossen hinter General Seefeld steht, kommen lassen, so ist die Wirkung katastrophal und alles verlor. Man darf der natürlichen Entwicklung nicht vorzuziehen.“ Lubendorff läßt übrigens erklären, daß er sich freiwillig in Schutzhaft begeben wird, da man die ihm gegebene Zusage einer Bewegungsfreiheit nicht eingehalten hätte. Es handelt sich dabei um die Sperrung seines Telefons und um das Verbot, an der Verhandlung der Hitler-Oper teilzunehmen. Diesen Entschluß hat Lubendorff bereits am Montag seinen Getreuen mitgeteilt, sich aber bis zur Stunde den Behörden noch nicht zur Verfügung gestellt.

Das Bekanntwerden der Verhaftung Hitlers hat in München keine besonderen Wirkungen ausgelöst. Da Hitler nicht mit der Waffe in der Hand gefangen genommen wurde, kommt er nicht vor das Staatsgericht, sondern wird nach Mitteilung an zentraler Stelle dem Volksgericht überwiesen. Die Staatsgerichte haben ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen; sie sind

bisher überhaupt nicht zusammengetreten, da alle Personen, gegen die bis jetzt ein Verfahren geführt wird, nicht unter das Standesgericht fallen.

Oberstleutnant Rtebel, der militärische Führer der Kampfverbände, ist flüchtig. Die Vertreter dieser Verbände hatten am Montag eine Besprechung mit dem Generalstaatskommissar, wobei sie angeblich die unbedingte Notwendigkeit betonten, daß Herr v. Rahr die volle, durch keinerlei Bindungen gehemmte vollziehende Staatsgewalt ausübe. Eine andere Information will allerdings wissen, daß die Kampfverbände Herrn v. Rahr zum Rücktritt aufgefordert hätten.

Auch eine Klarstellung.

Die Hochverräter beschuldigen sich gegenseitig.

München, 12. November.

Die Korrespondenz Hoffmann veröffentlicht folgende Klarstellung: Unter dem Titel „Wahrheit“ war am Montag an der Universität eine inzwischen auch in der Zeitung abgedruckte Erklärung von Dr. Friedrich Weber, dem politischen Leiter des bisherigen Bundes Oberland angeschlagen, die ihrer Ueberschrift leider in keiner Weise gerecht wurde. Dr. Weber behauptet, daß General von Lossow und Oberst von Seiffert ganz einseitig für eine Rechtsdikatur Hitler-Lubendorff-Losow gewonnen worden seien. Die Wahrheit ist, daß Lossow und Seiffert stets auf die völlige Unmöglichkeit einer solchen Diktatur hingewiesen hatten. Zweitens: Dr. Weber behauptet, daß Herr v. Rahr habe bei der Besprechung am 6. November 4½ Uhr nachmittags erklärt, daß die Reichsdiktatur von Bayern aus geschaffen werden müsse. Die Wahrheit ist, daß auch bei dieser Gelegenheit Herr von Rahr betonte, daß eine Reichsdiktatur, die nur von Bayern ausgeht, völlig aussichtslos sei. Im übrigen hat Herr von Rahr erklärt, er sei fest entschlossen, gegen jeden Verband, der aus sich selbst einen gewalttätigen Umschwung herbeiführen suche, mit Waffengewalt vorzugehen. Drittens: Dr. Weber sagt: Von irgendeiner Bedrohung mit der Waffe bei den Verhandlungen kann keine Rede sein. Viertens: Dr. Weber behauptet, Rahr habe sich mit der Schutzhaft der Minister einverstanden erklärt. Die Wahrheit ist, daß Rahr sich nach dem Aufenthaltsort der Minister erkundigte, hierauf jedoch nur die Antwort erhielt, sie seien in Schutzhaft, Rahr verlangte sodann, daß die Minister anständig behandelt (!) und ihre Familien verständigigt wurden.

Herr v. Rahr leistet sich wirklich Scherze, die nur in der Münchener Bierkelleratmosphäre ihre Erklärung finden. Also er hat eine Reichsdiktatur, die von Bayern ausgeht, für unmöglich erklärt. Angenommen, er läßt in diesem Falle nicht, dann will er damit doch wohl sagen, daß er andere Wege zur Errichtung einer Reichsdiktatur vorgeschlagen hat. Jedenfalls hat er mit Banditen, die die Ermordung und Niederlegung von tausenden deutschen Volksgenossen offen nicht nur proklamieren, sondern direkt vorbereiten, hochverräterisch konspiziert, er hat ihnen dauernd versichert, daß er die gleichen Ziele verfolgt. Setzt bombardieren sich die Herrschaften gegenseitig mit „Erklärungen“, aus denen für jeden andern das eine unwiderleglich hervorgeht: Rahr und Hitler sind ein und dasselbe. Wie lange will eigentlich die Reichsregierung dieser Verbrecherherrschaft nach zusehen. Die Bayerische Volkspartei ist doch offenbar nicht in der Lage, in der „Ordnungszelle“ Ordnung zu schaffen. Sollen wir Deutschen wirklich zum Kindergepöhl in der ganzen Welt gemacht werden.

Also doch?

München, 13. November. (ZII.) Die „Münchener Ansburger Abendzeitung“ meldet aus Berlin: Obwohl die bayrische Regierung die Aburteilung der Münchener Putschisten vom 8. November vor dem Sondergericht in München in die Wege geleitet hat, ist Erfahrung vom Reichskabinett der Auftrag an den Oberreichsanwalt auf Eröffnung des Hochverratsverfahrens vor dem Reichsgericht in Leipzig ergangen. Der Antrag des Reiches gründet sich auf die Erklärung der Hitler-Leute von der Absetzung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

Lubendorffs „Ehrenwort“.

Lubendorff hat die „Telegraphen-Union“ in München um die Verbreitung folgender Erklärung ersucht:

Meine ehrenwörtliche Erklärung, die ich dem Herrn Ersten Staatsanwalt am Landgericht in München bei meiner Entlassung aus der Schutzhaft am 9. November abgegeben habe, lautet wörtlich: „Ich versichere gegen Ehrenwort, daß ich ohne Zustimmung des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht in München meinen Aufenthalt nicht wechseln werde. Ich versichere weiterhin gegen Ehrenwort, daß ich mich bis zur Erledigung des Strafverfahrens an keiner politischen Bewegung beteiligen werde, die den gewalttätigen Umsturz der Regierung des Landes oder des Reiches zum Ziele hat.“ Lubendorff.

Die Sozialdemokratie gegen den neuen Kurs.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion der SPD. tagte am Dienstag vor- und nachmittags, um zu den aktuellen politischen Fragen Stellung zu nehmen. Er war einstimmig der Auffassung, daß die passive Haltung der Reichsregierung im Konflikt mit Bayern die größte Gefahr für die Reichseinheit heraufbeschwören müsse. In Anbetracht der verfassungswidrigen Zustände in Bayern müsse die Reichsregierung kleinmütig zu durchgreifenden Maßnahmen schreiten. Insbesondere müsse gefordert werden, daß Leben und Eigentum der bayrischen Staatsbürger gegen die gewalttätigen Uebergriffe der Hitlerbanden geschützt würden. Alle bewaffneten Banden müssten in Bayern zur Auflösung gebracht werden, jedoch Waffen nur noch im Besitz der Reichswehr und Polizei wären. In Bayern müssten in jeder Beziehung verfassungsmäßige Zustände geschaffen werden. Insbesondere müsse die Freiheit der Presse wiederhergestellt werden. Von Reichs wegen müsse ein Strafverfahren gegen Lubendorff, Hitler und Konjunkten eingeleitet werden, die des Hochverrats gegen das Reich schuldig seien.

Der Vorstand nahm weiter von föderalistischen und hitlerischen Behauptungen gegen die Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes Kenntnis und beauftragte die Fraktionsführer, eine Beschwerde gegen die Reichsregierung zu verlesen, wie das in ähnlichen Fällen bereits geschah.

Der Fraktionsvorstand beriet ferner über die Vorgänge am Rhein und an der Ruhr. Er beauftragte die Fraktionsführer, auf das schärfste Stellung zu nehmen gegen die von der Regierung schon in den nächsten Tagen beschlossene Einstellung der Erweiterungsgelder und sozialen Unterstützungen.

Trotz der traurigen Finanzlage des Reiches müssten für die Bevölkerung im Rheinland und im Ruhrgebiet diese Unterstützungen ebensoviele gezahlt werden, als für irgend einen anderen Teil des Reiches. Ein genteiliges Vorgehen treibe weite Kreise der Bevölkerung geradezu dem Separatismus in die Arme. Die SPD. verlangt von der Regierung, daß sie die äußersten Anstrengungen macht, um das Reich in den Grenzen zu erhalten, die ihm nach dem verlorenen Kriege geblieben sind.

Der Fraktionsvorstand beauftragte seine Unterhändler, in der Parteiführerbesprechung, die am Dienstag von dem Reichskanzler abgehalten wurde und deshalb auf die nächsten Tage verschoben ist, diese Gesichtspunkte mit aller Entschiedenheit zur Geltung zu bringen. Ferner sprach der Fraktionsvorstand dem Reichstagspräsidenten den Wunsch aus, daß er in den nächsten Tagen den Vorkostenausschuß zusammenberufen möge, damit dieser zu der Einberufung des Reichstags Stellung nehmen kann. Der Fraktionsvorstand ist der Auffassung, daß die Reichsregierung nicht das Recht hat, das Parlament in Fragen, die für das Leben der deutschen Nation von entscheidender Bedeutung sind, vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Der Reichstagspräsident hat den Vorkostenausschuß zum Freitag einberufen. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß er den Zusammentritt des Reichstags für den 20. November beschließt.

Man wird vorgehen...

Sagt der neue Wirtschaftsminister.

Der Reichswirtschaftsminister Koeth äußerte sich in einer Besprechung mit Gewerkschaftsvertretern, die Ende der vergangenen Woche stattfand, über die Frage der Goldhöchstpreise für lebensnotwendige Bedarfsartikel. Er meinte, daß die Einführung derartiger Goldhöchstpreise in der kurzen Uebergangszeit kaum möglich sei. Die Preisprüfungsstelle sei aber erneut darauf hingewiesen worden, ihre besondere Aufmerksamkeit auf die neueste Goldpreisentwicklung zu richten. Sobald größere Mengen von wertbeständigen Zahlungsmitteln in den Verkehr gebracht seien, was nach dem 15. November mit Einführung der Rentenmark der Fall sei, würden die Reichs- und Landesregierung in schärfster Weise gegen die Erzeuger und Händler vorgehen, die zu den ordnungsmäßig kalkulierten Goldpreisen noch besondere Risiko- und Gewinnzuschläge machten. Solche Geschäftsinhaber würden in Zukunft mit Gefängnis eventuell mit Zuchthaus, Beschlagnahme und Konfiskation bestraft werden.

Der Berliner Buchdruckerstreik.

Im Streik der Berliner Buch- und Notendruckerei hat der Dienstag keine wesentliche Veränderung gebracht. Für 11 Uhr vormittags hatte der Reichsarbeitsminister neue Verhandlungen anberaumt, zu denen sich die Unternehmer nicht einfanden. Schriftlich lehnten sie den Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministers ab. Er sah vor, daß bei sofortiger Zahlung eines Vorschusses von 1½ Millionen Mark die Arbeit noch am Dienstag aufgenommen werden sollte. Während der Zeit der Verhandlungen über die endgültige Regelung der Lohnfrage sollte statt des im Schiedspruch vorgesehenen Vorschusses von 80 % jeden Tag der volle Arbeitslohn ausbezahlt werden. In einer Versammlung der Streikenden, die mittags um 12 Uhr stattfand wurde lediglich Bericht über die Lage erstattet; von einer Diskussion wurde Abstand genommen, um nicht wieder der Auflösung durch die Polizei zu verfallen. Bei dieser Haltung der Unternehmer geht der Streik unvermindert, auch in den Notendruckereien, einschließlich der Reichsdruckerei, weiter. Sein Ende ist bis jetzt noch nicht abzusehen.

Börsenbericht.

Berlin, 13. November 1913.

Am Dienstag gab die Reichsbank dem Preisdruck nach und setzte die Kurse für ausländische Zahlungsmittel nicht unwesentlich herauf, ohne aber die Luft zwischen der amtlichen Goldmark und den wilden Preisen überbrücken zu können. Es notierten in Millionen: Newyork 837 900 bezw. 842 100, London 3 690 750 bezw. 3 709 250, *Amsterdam 319 200 bezw. 320 800, Schweiz 147 630 bezw. 148 370, Paris 47 880 bezw. 48 120, Brüssel 39 900 bezw. 40 100. Zuteilt wurden durchweg ein Prozent. Goldanleihe wurde auf 840 Milliarden bei 0,5 % Zuteilung festgelegt. Dollarschätze waren gestiegen. Die amtliche Goldmark stellt sich auf 200 Milliarden.

Die amtliche Berliner Notierung gewinnt durch die Nachricht, daß die Rentenmark nicht am 15. November herausgegeben werden kann, natürlich an Bedeutung. Sicherlich hängt damit die Ernennung des Direktors der Darmstädter Nationalbank, Dr. Hjalmar Schacht zum Währungskommissar zusammen. Dr. Schacht ist in jüngster Zeit durch ein Goldnotenbankprojekt bekannt geworden und wurde als Nachfolger Dr. Hilferdings als Leiter des Finanzministeriums genannt. Als Währungskommissar soll sich seine Aufgabe nicht auf die reibungslose Ausgabe der neuen Rentenmark beschränken, vielmehr liegt es ihm ob, die Beschlagnahme der Zuckerraportbestände und die Devisenablieferung auf Grund der Brotabgabe durchzuführen. So wäre die Ernennung Schachts zum Währungskommissar fast acht Tage nach Ankündigung der Regierungspläne ein erstes Zeichen für die Deffektivität, daß die Regierung auch etwas zur Durchführung dieser Pläne tut. Hoffentlich gelingt es Herrn Schacht, einigermaßen gut zu machen, was Herr Luthier mit seiner Saumlosigkeit verborben hat.

Reichsbankausweis.

Nach dem Ausweis der Reichshauptkasse vom 31. Oktober 1913 belaufen sich die Ausgaben auf 6 553 521 Billionen Mark. Davon erforderte die Reichspost 245 348 und die deutsche Reichseisenbahn 2 036 704 Billionen Mark. Dem Ausgaben stehen Einnahmen von 5903 Billionen Mark aus Steuern, Zöllen, Gebühren usw. und 47 947 Billionen Mark aus der fundierten Schuld, also zusammen 53 850 Billionen Mark gegenüber. Das Defizit von 6 553 521 Billionen Mark mußte durch Diskontierung von Schatzanweisungen gedeckt werden. Die schwebende Schuld an diskontierten Schatzanweisungen erhöht sich deshalb um 6 499 678 Billionen Mark auf 6 907 501 Billionen Mark gegen 407 839 Billionen Mark in der Vorperiode. In der Berichtszeit stieg der Dollarpreis um das neunfache und die Ausgaben um das zwanzigfache. Während in der Zeit vom 11. bis zum 20. Oktober 1,6 % aller Ausgaben durch Einnahmen gedeckt waren, hatten die Ausgaben in der Zeit vom 20. bis zum 31. Oktober nur 0,8 % Deckung.

Wetterleuchten.

Von E. Aufhäuser, M. d. R.

Als die deutsche Arbeiterklasse im November 1918 zur politischen Macht gelangt war, glaubten die Unternehmer durch die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der beiderseitigen Wirtschaftsverbände die Arbeiter von einer Vorherrschaft abhalten zu müssen. Im November 1923 haben die bürgerlichen Koalitionsparteien das politische Bündnis zwischen Bourgeoisie und Arbeiterpartei gesprengt, um auf Grund der veränderten Machtverhältnisse die Vorherrschaft der Kapitalisten restlos herzustellen zu können. In diesen beiden Vorgängen spiegeln sich die Fehlerquellen der deutschen Arbeiterbewegung der letzten Jahre.

Die große Koalition hat sich als die große Illusion ihrer Befürworter erwiesen. Ihre Gegner in der Sozialdemokratie, die es ablehnten, dem bestehenden scharfen Konflikt der Klassen auszuweichen, waren die Realpolitiker. Die Mitgliedschaften im Lande werden es allgemein als eine Befreiung für die sozialdemokratische Partei empfinden, daß sie endlich in eine klare Frontstellung gegen die aktive Reaktion und ihre Helfer im bürgerlichen Lager gerückt ist. Es mag auf der einen Seite bedauerlich und schädlich sein, daß die Demission der sozialistischen Minister erst in einem Augenblick erfolgte, da die bayrischen Faschisten bereits zum Vormarsch auf Berlin gerüstet an der thüringischen Grenze stehen und vitale Arbeiterrechte auf Grund des Ermächtigungsgesetzes inzwischen aufgehoben sind. Die Geschichte wird zeigen, ob der mehr oder weniger ungewollte Rücktritt von der großen Koalition noch rechtzeitig oder zu spät geschehen ist. Auf der anderen Seite hat der zweimalige Versuch einer Teilnahme der USPD, an dem Bündnis mit der Deutschen Volkspartei mit einer geradezu juchtbareren Deutlichkeit praktisch bewiesen, daß damit, abgesehen von dem schwer tragbaren Verzicht auf jede politische sozialistische Politik, noch nicht einmal negative Schlimmeres oder das Schlimmste verhütet werden kann.

Wenn der sozialistische Grundgedanke von unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen Kapital und Arbeit angesichts der Not Deutschlands in neuerer Zeit von manchen Parteifreisen vorwiegend als Theorie angesehen worden ist, so hat die große Koalition nunmehr praktisch alle bürgerlichen Illusionen zerstört. Die bestehende Klasse kennt keine Rücksicht auf nationale Not, sie scheut im Gegenteil nicht davor zurück, Ruknieseher dieses allgemeinen Glendes zu sein. Das Schicksal der Koalitionsregierungen hat klar bewiesen, daß die Zugehörigkeit zum Reichskabinet für die Arbeiterklasse keine Machtposition bedeutet, ja noch nicht einmal eine wesentliche Einflusphäre verschaffen kann.

Die erste große Koalition hat diesen Nachweis wirtschaftspolitisch, die zweite politisch geliefert. Der Erfolg, den die Sozialdemokratische Partei im August bei der Beschlußfassung über die neuen Steuern zu verzeichnen gehabt hat, ist später entkräftet worden, weil ungeachtet der Beteiligung an der Regierung Steuerabgabe, neue Inflation und Manchesterium in der Wirtschaft ihr wildes Spiel weiter treiben konnten.

Die zweite Auflage der großen Koalition brachte politisch eine unerträglich Begünstigung der schlimmsten bayrischen Reaktion, obgleich das Innenministerium sozialdemokratisch besetzt war. War es wirklich Mangel an Macht, wenn die Reichsregierung in einer unbegrenzten Nachgiebigkeit gegen die bayrischen Rebellen die Autorität des Reiches, die Disziplin des Heeres und ihr eigenes Prestige völlig preisgegeben hat? Nein! Die bürgerlichen Koalitionminister konnten, wenn sie rechtzeitig wollten, in Bayern eingreifen. Sie konnten später wenigstens Nordbayern abriegeln; sie hatten neben militärischen Nachmitteln wirtschaftliche Möglichkeiten, Herr von Ruhr zur Räson zu bringen. Sie wollten nicht, weil der Geist Ruhres ihrer eigenen gegenrevolutionären Einstellung entspricht. Der Staatsstreich gegen Sachsen offenbarte es zur Genüge, daß dieselbe Regierung vor nichts zurückzukehren, wenn es sich um die Klasse der Entrechteten handelt.

Über auch im übrigen Deutschland hat in der Tat der Bürgerkrieg längst eingesetzt. Die Inflation ist als modernste Waffe des Bürgerkrieges nicht minder scharf, als die neuesten Schußwaffen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger, die Rentner und die übrigen auf Papiermarkt angewiesenen Volksteile sind von den Sachwertbesitzern, von den auf Goldrechnung eingestellten Besitzenden buchstäblich ausgehungert, sie sind zum Teil getötet worden.

Die Deutsche Volkspartei hat trotz Koalition den Klassenkampf mit wachsender Schärfe geführt und schließlich zum zweiten

Male die Sozialdemokratie aus der Regierung herausgedrängt, um den Weg für eine Vereinigung mit Ruhr-Bayern freizumachen. Sie hat aber auch ökonomisch zum entscheidenden Schlag aus, um außen wie innenpolitisch auf Kosten der Arbeiter eine Stimmesdiktatur zur Alleinherrschaft in Deutschland zu bringen. Der Versuch einer großen Koalition ist an der bestehenden Zuspitzung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit gescheitert. Dieser verhärtete Klassenkampf drängt zur Entscheidung. Es gibt kein Ausweichen, kein Vermischen mehr. Nicht staatsmännische Erwägungen nur die klare Erkenntnis der Situation kann uns helfen.

Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei ist der berufene Faktor, die Republik zu retten. Ihrem Austritt aus der Koalition wird die klare Oppositionsstellung gegen die bürgerlichen Parteien folgen müssen. Wir stehen vor einem Abwehrkampf und müssen ihn aufnehmen, wenn die besitzlose Klasse unseres Landes nicht völlig zugrunde gehen soll. Wir haben diesen Kampf nicht mehr zu scheuen. Die Befreiung der Sozialdemokratie von der ideologischen Belastung einer Koalitionspolitik muß ihre innere Geschlossenheit erhöhen, ihre Schlagkraft vermehren und auch ihre organisatorische Festigung zur Folge haben. Es wird sich erweisen müssen, daß das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung nicht verknüpft ist mit der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft. Der Verfall des Kapitalismus muß vielmehr den Aufstieg des Sozialismus zeitigen.

„Wir bleiben immer da!“

Nationalsozialistische Vandalen.

Aus München wird geschrieben:

Am 9. November, 2½ Uhr nachts, fuhr ein Last- und zwei Personentransportwagen vor dem Hause Ruhbaumstr. 10 vor, in dem der Vizepräsident des Bayerischen Landtages, Erhard Auer, wohnt. Mit vorgehaltenen Schußwaffen drangen ungefähr 15 Mann in das Haus ein und forderten von der ihnen entgegenkommenden Tochter des Abgeordneten Auer Aufklärung darüber, ob ihr Vater zu Hause sei. Nachdem Agnes Auer dies verneinte, befahl der Führer der Gruppe die genaueste Durchsuchung der Wohnung, von Keller und Speicher. Die Wohnung wurde von den Leuten, die eine rote Armbinde mit schwarzem Hakenkreuz auf weißem Felde trugen, eingehendst durchsucht. Im Arbeitszimmer ließ sich der Führer den Geldschrank öffnen, durchsuchte den ganzen Inhalt und beschlagnahmte drei Dokumente. Der Führer selbst verfuhr ziemlich anständig; ganz anders verhielt sich sein angeblicher Adjutant, der, wie er sich ausdrückte, nach dem Führer „Nachschau“ hielt. Er warf mit Worten in nicht wiederzugebender Art um sich. Für sein Verhalten sind ein paar Epitheten beizubringen. Die Gattin Auers, eine Frau mit schneeweißem Haar, wurde von dem Kerl folgendermaßen mißhandelt: Er ließ sie in das Schlafzimmer, verschloß beide Türen und verlangte mit vorgehaltener Pistole von ihr Auskunft über den Aufenthalt ihres Mannes. Als er trotz aller Drohungen nichts erweichte, machte er sich daran, seine Wut an den Gegenständen der Wohnung auszulassen. Dann drang er in das vom Führer bereits untersuchte Zimmer der verheirateten älteren Tochter Auers ein, in welchem ein 2½-jähriges Kind weinend im Bettchen lag. Hier schlug er mit dem Gewehrkolben die Tür zum Schrank ein, obwohl der Schlüssel steckte.

Devisen-Kurse.

Berlin, 14. November.

Ämtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		18. November.	19. November.
Amsterdam	1 fl.	319 300 000 000	243 990 000 000
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	39 900 000 000	30 928 000 000
Kristiania	1 Kr.	123 690 000 000	98 765 000 000
Kopenhagen	1 Kr.	143 640 000 000	107 730 000 000
Stockholm	1 Kr.	221 445 000 000	165 585 000 000
Helsingfors	1 Finn. Mk.	22 743 000 000	16 957 000 000
Rom	1 Lire	35 910 000 000	27 930 000 000
London	1 £	8690 750 000 000	2795 000 000 000
Newyork	1 Dollar	587 900 000 000	628 425 000 000
Paris	1 Frs.	47 880 000 000	35 910 000 000
Zürich	1 Frs.	147 680 000 000	111 720 000 000
Madrid	1 Pesetas	169 725 000 000	83 790 000 000
Wien	100 Kr.	11 970 000 000	8 934 000 000
Prag	1 Kr.	24 389 000 000	18 354 000 000
Budapest	1 Kr.	43 890 000 000	33 915 000 000

warf die Wäsche und den sonstigen Schrankinhalt auf den Boden und trat mit seinen Militärkieseln auf die Gegenstände, besonders auf der Wäsche herum. Die Betten riß er heraus und warf sie auf den Boden. In eine Kiste, in der, veranlaßt durch Nammangel, Porzellan verpackt war, ließ er mit dem Gewehrkolben, ein Messingtablett, das auf einem Schrank aufgestellt war, schlug er mit anderen Gegenständen mit seinem Gewehrkolben herab. Als nichts mehr zu zerstören war, drang er in ein anderes Zimmer ein und hauchte dort ebenso. Dort wurde sogar der Diner umgeworfen. Im Arbeitszimmer riß er die Bücher aus dem Schrank und ließ sich auch den Geldschrank nochmals öffnen, der vorher schon vom Führer durchsucht war. Als Frau Auer eine diesbezügliche Bemerkung machte, mißhandelte er sie und zwang sie unter schweren Drohungen, neuerdings aufzusperrern. Den Inhalt des Schrankes warf er auf den Boden, den Kassenbestand besichtigte er als gering. An den Führer sich wendend, fragte er sodann: „Kann man es denn verantworten, den Leuten den Geldschrankschlüssel zu lassen?“ Der Führer erklärte: „Die Schlüssel bleiben da.“

Wegen Wohnungsmangel wohnt auch die zweitälteste Tochter Auers mit ihrem Mann in der väterlichen Wohnung. Auch in ihr Zimmer drang die Horde ein, der Schwieger Sohn wurde verhaftet und abgeführt. Nachdem die Speicher und die Wäschkische abgejuckt waren, verließen dann die nationalen Heiden unter einiger Kadau das Haus.

Zwischen 2 und 3 Uhr früh erschien ein anderes Kommando, um Auer auszuheben. Hier durchsuchte lediglich der Führer die Wohnung, und als er die umgeworfenen und zerstückelten Gegenstände am Boden sah, kam es ungewollt von seinen Lippen: „Das ist ja unerhört!“ Die Wohnung wurde wieder von dem ebenfalls mit Hakenkreuzbinden versehenen Trupp durchstöbert. Hierauf ließ der Führer die Familie Auers, die Hausbewohner, wie er sich ausdrückte, vor sich antreten, jede Person einzeln vorstellen und stellte an jede die Frage, wo Auer sei. Der jüngsten Tochter nahm er das Handgelenk ab, daß ihr Vater sich nicht im Hause befinde. Weiter fragte er, ob und wann er etwa mit einem Kraftwagen fort sei und erklärte wortlich: „Ich versichere Sie, daß wir ihn finden werden. Es geht jetzt hart auf hart, die Sozialdemokratie war zeitweise da, wir bleiben immer da.“ Dann zog der Trupp ab. Vor dem Hause befand sich ein Hausen, dem der Führer zurief: „Auer ist mit einem Auto nach Württemberg.“ worauf der Hausen seinen Reichtum an Schimpfworten, wie Schuft, Hund usw. ausschüttelte.

Bermischte Nachrichten.

Gegen den Fleischwucher in Berlin. Die standalösen Vorgänge auf den letzten Vieh- und Fleischmärkten, die zu untragbaren Preissteigerungen für Fleischführer führten, haben nunmehr ein scharfes Eingreifen der Wucherpolizei zur Folge. Obwohl auf dem letzten Viehmarkt von der Ueberwachungskommission Richtpreise für die Großschlächter festgesetzt waren, sind auf dem Fleischmarkt am Montag, der beziehungsweise seit am 17 Uhr früh schon um 6 Uhr, also vor Eintreffen der Kontrollbeamten, eröffnet wurde, diese Richtpreise ganz erheblich überschritten worden. Daraufhin ist von dem Leiter der Wucherpolizei am Dienstag morgen an alle Polizeireviere die Anweisung ergangen, den Fleischverkauf in den Ladengeschäften aufs schärfste zu überwachen. Gleichzeitig sind den Reviere die auf Grund der festgesetzten Richtpreise errechneten Kleinhandelspreise für die gangbarsten Fleischsorten mitgeteilt worden, die sich wie folgt stellen: Schwenfleisch (Kamm und Bauch) 445 bis 515 Milliarden das Pfund, Rindfleisch, Suppenfleisch 234 bis 416, Schmorbraten 295 bis 520, Kalbfleisch (Brust und Kamm) 234 bis 429, Hammel (Dünnung oder die Rippe) 293 bis 455 Milliarden Mark. Die Polizei ist angewiesen, bei jeder Preisüberschreitung sofort zur Beschlagnahme und zum selbständigen Verkauf der Ware zu schreiten. Ein Protest der Schlächter gegen diese Maßnahme der Wucherpolizei ist erfolglos geblieben. Man bedeutete ihnen, daß sie sich gegen das wucherische Treiben der Großschlächter dadurch selbst schützen könnten, daß sie die unerhöht hohen und unberechtigten Preise nicht zahlten. Darüber hinaus wird die Wucherpolizei jetzt gegen alle diejenigen Großschlächter einschreiten, die auf dem Fleischmarkt die Richtpreise der Ueberwachungskommission überschritten haben. In allen Fällen, in denen diese Festsetzung gemacht wird, soll den betreffenden Händlern die Handelserlaubnis entzogen werden. Wer die Verzweiflung aller jener Hausfrauen gesehen hat, wie sie hin und wieder doch einmal, sei es für Schmerzarbeiter, sei es für Kranke, ein wenig Fleisch zu kaufen gezwungen sind und es doch nicht zahlen konnten, der wird dem unachtungsreichen Einschreiten der Wucherpolizei vollen Erfolg wünschen.

Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.
Von Leon Frapie.

Schluss.

XXV.

Auch der Schmerz entsetzt, die Bitterkeit des Grolls ruft höchlichst Aufregung der Sinne hervor. Eines Tages, als Frau Fint Sulettes lange mit den Ausfällen mütterlicher Selbstsucht gequält hatte, geht sie aus, um mit Baby einen Besuch zu machen. Sulette überfällt in der Entrüstung des Hauses eine entsetzliche Schmerztat und sie fühlt sich auch körperlich krank. Mit einem vagen Vorbedacht legt sie sich in halb liegender Stellung auf das Kanapee im Salon und, lausend Träumereien hingegeben, erinnert sie sich an gewisse leuchtende Blicke des Herrn, sie denkt selbst an den Herrn, an seinen blonden Schmurrbart, die feinen Hände. „Nach allem geschähe es der Frau ganz recht, wenn der Herr mit den Hof machte... und er muß nach Brünneten Verlangen haben... zwei Blonde zusammen, das ist nicht gut ausgewählt.“ Wohl ganz harmloserweise lehrt der Herr an diesem Abend eine Stunde früher als sonst heim. Aus Versehen ist er ohne Geld fortgegangen, hat daher vorgezogen, das Café nicht zu besuchen. Dieses Vergessen des Portemonnaies sieht vor gewissen Kollegen wie eine Lüge aus. Auf der Schwelle des Salons stellt er Fragen an Sulette, und diese beugt die herausfordernde Kühnheit, ihre Lage, als sie antwortet, kaum zu verändern; sie stützt sich mit den Ellbogen auf die Kissen, ohne sich emporzurichten. „Ah, Sie sind hier, Marie? Und meine Frau ist ausgegangen?“ „Aber ja, gnädiger Herr, die Frau ist auf Besuch, sie sagte sogar, sie würde spät nach Hause kommen.“ „Gut. Aber Sie? Wie... sind Sie krank?“ „Aber nein... ich weiß nicht, was mit mir ist... ich möchte am liebsten weinen.“ Der Herr trat beunruhigt näher und fragte, mit dem Versuch sie zu trösten, ob das Herzchen ihr weh täte? „Aber nein, lassen Sie sehen... man darf nicht weinen... was sind das für Gedanken...“ Sie senkte die Lider, ließ ihren Kopf sinken, den Arm — und die Gänge war so deutlich, daß kein gesunder junger Mann der Verhütung widerstanden hätte. So blieb sie passiv, ohne sich zu wehren, als könnte sie die Augenlider nicht heben. Sie wartete mit dem Aufschlagen derselben so lange, bis kein Laut, kein Schimmer, mehr da war. Auf beiden Seiten gab es

ein vermundertes, fast unbefangenes Lächeln. Nun, was denn? Wir zwei hier? Wo sind wir? Was geschah? Ist wirklich etwas vorgekommen? Infolge seines Unrechts gegen seine Frau, die er aufrichtig liebte, und allein der Anitreue halber empfand er eine Gewissensunruhe. Die Ueberlegung machte bald diesem leisen Vorwurf ein Ende. Sein Fehl erfuhr dadurch eine große Abschwächung, so daß es fast keiner war, weil die Mitschuldige Marie. Zweifelloso wäre er einer der vorwerflichsten Ehemänner gewesen, wenn seine Partnerin ein Weib, ein wirkliches Weib, ein Weib einer Persönlichkeit war. Aber Marie — das kam nicht in Frage. Außerdem hätte sich das Vergehen mit einer andern niemals ereignet, weil er, selbst bei einer galanten Schönen, zum Nachdenken über sein Tun gekommen wäre; die Vernunft hätte ihr Hakt! dazwischen gerufen. Aber Marie ließ seine Betrachtung zu. Trotz ihrer Anwesenheit in der Wohnung stand sie gänzlich außerhalb der Vertraulichkeit, man mußte nichts von ihrer Heimat, ihrer Familie, kannte nicht einmal ihr Alter... wie nachdenken ohne Grundbedingungen? Und Sulette bewegte sich in Gedanken, wie: „Ich durfte nach meinem Belieben handeln, das zählt nicht. Warum mich getieren? Ich bin keine Person, um die sich die Leute kümmern, bin Marie, das Dienstmädchen... Was macht der Welt die Moral oder Unmoral Mariens aus? Sie lachte bitter auf: „Das ist sehr bequem: Marie existiert oder existiert nicht. Sie existiert, ich beweise es, wenn ich mich an der Frau zu rächen habe. Sie existiert nicht, wenn sich Neue einstellen will.“ Drei Monate vergingen ohne unvorhergesehene Ereignisse. Der Herr kam einmal wöchentlich, am Donnerstag, wo seine Frau Besuch machte, zeitiger nach Hause. Das Essen kostete langjam auf dem Gas; Sulette schien auf dem Kanapee eingeschlummert. Sie konstatierte mit einem Rasen der Ueberzeugung keine Ankunft. Und die Annäherung geschah fast unperzäglich — ohne Worte. Herr und Dienstmädchen hatten sich nichts zu sagen. Ohne eine Neugier, wie beim regelrechten Empfang eines Dienstauftrages, verharzte Sulette, um erst zu erwachen, wenn der Herr den Salon verlassen. Die Männer werden meistens durch irgendetwas Besonderes bezaubert. Das Schweigen und die gefüllten Wimpern standen dem gleichen und ausdrucksvollen Gesicht Sulettes wunderbar. Davon ging der Zauber aus. Der Herr war durch einen abfoluten Gegenatz gefangen genommen: Die kleine Frau Fint hatte die

Eigenart, sich wie in einem Traume, unter lauten Aeußerungen und mit leidenschaftlich weitgeöffneten Augen, der Liebesfreunde hinzugeben. Täglich, nach dem Frühstück, trat ein Augenblick ein, wo Vater, Mutter und Dienstmädchen — dank dem Kaffee, zur Verdauung — sich ganz gerührt mit Baby vergnügten. Sie spielten die Scheinheiligen, alle drei gingen darin auf, das Kind zu liebholen, alles übrige verschwand. Wirklich, was sie auch immer tun mochten, es war unendlich, das Kind erfüllte ihnen Sinn und Herz — so war alles erlaubt. Sie lachten, selbst wie die Kinder, ohne irgendeinem Impuls Widerstand zu leisten. Dann koste der Mann fruchtig hinter den Türen Marie. Sulette ließ es sich gefallen und sofort kam sie wieder zur Frau, ohne die geringste Verwirrung zu zeigen. Dann führte Frau Fint in drohiger Weise das Händchen Babys: „Mach Marie ein Näschen, mein Liebling.“ Der Jahrestag der Hochzeit von Herrn und Frau Fint fiel auf einen Sonntag. Sulette bereicherte das übliche Frühstück um einige Leckerbissen. Als man an diesem Tage genug gespielt hatte, trat die kleine Mama auf den Balkon hinaus, um Luft zu schöpfen, Baby hing an ihrem Hals. Herr Fint holte Zigarren. Sulette nahm die Kaffeetassen fort. Die Sonne schien hell; die Natur bot einen wahrhaft lächenden Anblick. Die kleine Mama plapperte, sie zeigte dem kleinen Paul die Straße, sie erzählte ihm Geschichten von dem Hottopferdchen des Omnibus und von dem schwarzen Bauwan des Fleischers: „Stöhnlich, ohne Veranlassung, nachdem sie lange genug auf die Straße gesehen hatte, wandte sie sich halb zur Seite. Sie nur mit einem Ellbogen auf den Balkon stützend, lachte sie das Kind auf Armen ein und küßte es auf seine blonden Locken, als sie plötzlich dort... dort!... in der widerpiegelnden, das Innere des Salons zeigenden Scheibe... Ah! mein Gott! Sah sie recht... ihren Mann erblickte, der wahrhaftig das Dienstmädchen umarmte. Wie das Unglück geschah, weiß man nicht, denn es war das Wert einer Sekunde. Die kleine Frau Fint vergaß das Kind, witz zurück, wandte den Oberkörper zur Seite, wie man inständig vor einem widerlichen Anblick zurückprallt. Und eben dieses Auffahren, welches ihr den Mund zu einem Agh! des Entsetzens öffnete, öffnete auch ihre Arme über dem fetten Kamm.“

Verordnung!

Durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 sind der Reichswehr Aufgaben übertragen worden, die mehr als bisher das Interesse der Öffentlichkeit auf sie gelenkt haben. In sachlicher Form stützt an dem Verhalten der Reichswehr zu liegen, soll niemandem verwehrt werden. Ich kann aber nicht aellatten, daß das letzte Machtmittel des Staates durch Verschimpfungen oder lächerliche und irreführende Darstellungen seines Verhaltens in der Öffentlichkeit herabgemündigt wird.

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 verbiete ich daher alle öffentlichen Beschimpfungen der Reichswehr, sowie die öffentliche Verbreitung von unwahren Nachrichten, die geeignet sind, ihr Ansehen in der öffentlichen Meinung herabzumindigen.

Zurückhandlungen werden nach § 4 der Verordnung vom 26. 9. 23 bestraft. Zeitungen die solche Beschimpfungen oder Nachrichten enthalten, sind von dem zuständigen Inhaber der nachstehenden Gewalt auf mindestens drei Tage zu verbieten.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 5. November 1923.
Nr. 183. 11. 28. T. 1. III.

Der Reichswehrminister.
Dr. Gessler.

8294)

Das Befehl- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 84 von 18. November 1923 enthält:

Bekanntmachung, betreffend die Gebühren der Hauptstadt. — Bekanntmachung, betreffend die wertbeständige Erhebung einer Abgabe von den in den Lübeckischen Häfen anliegenden Schiffen (Hafenliegegeld).

Die Gas-, Elektrizitäts- u. Wasserpreise

Betragen vom 15. bis 17. November d. J.:

für Gas 46, Lichtstrom 60, Abfuhr von 60, Wasser in Lübeck 25 bzw. 52, in Travemünde 26, abfuhrbare Räume mit Leitung 30, ohne Leitung 18 Milliarden.

Gutscheinverkauf zu diesen Preisen und gültig bis 12. Januar 1924 am Sonntag dieser Woche. Die Preise für den Freitag-Verkauf werden bei notwendiger Veränderung noch bekannt gegeben.

Städtische Betriebe.

Lübecker Straßenbahn.

Jahrespreise ab 15. November 1923:

- a) Einzelfahrtscheine:
 - bis zu 2 Zonen . . . M. 50 Milliarden
 - für 3 und 4 Zonen . . . 45
 - für 5 und mehr Zonen . . . 60
- b) Monatskarten:
 - bis zu 2 Zonen 1mal. Fahrt M. 1800 Milliarden
 - 4mal. Fahrt . . . 2400
 - für 3 u. 4 Zonen 1mal. Fahrt . . . 1800
 - 4mal. Fahrt . . . 2400
 - für 5 u. mehr Zonen 1mal. Fahrt . . . 2500
 - 4mal. Fahrt . . . 4500
- c) Jugendfahrtscheine: je 15 Milliarden.
- d) Gepäckstücke und Hunde: 80 Milliarden.

Die obenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrtscheine und Fahrkarten für Behörden der Serie 6 sind bis einsch. 16. November 1923 gültig und hat der Austausch:

- a) der Jugendfahrtscheine an unserer Hauptkasse, Mengstraße 26, Zimmer 3, im Büro der Verwaltung, Neesstraße Nr. 49a oder durch Brief.
- b) der Behördenkarten an unserer Hauptkasse, Mengstraße 26, Zimmer 3 gegen Serie 7 zu erfolgen.

Lübeck, den 14. November 1923.

8295)

Städtische Betriebe.

Bekanntmachung der Ablesestermine für Gas, Wasser und Strom.

Zu Bezirk I (Altstadt):

- im Dezember . . . vom 2.—8.
- Januar . . . 9.—12.
- Februar . . . 3.—9.
- März . . . 2.—8.
- April . . . 6.—12.
- Mai . . . 4.—10.
- Juni . . . 1.—7.

Zu Bezirk II (St. Jürgen u. St. Gertrud nach ein Teil von St. Lorenz), nämlich die Straßen: Katharinen-, Marien-, Park-, Einsehelstr. und der Scharwägener Allee 1—55:

- im Dezember . . . vom 18.—24.
- Januar . . . 13.—19.
- Februar . . . 10.—16.
- März . . . 9.—15.
- April . . . 13.—19.
- Mai . . . 11.—17.
- Juni . . . 8.—14.

Zu Bezirk III (St. Lorenz):

- im November . . . vom 18.—24.
- Dezember . . . 16.—22.
- Januar . . . 20.—26.
- Februar . . . 17.—23.
- März . . . 16.—22.
- April . . . 20.—26.
- Mai . . . 18.—24.
- Juni . . . 15.—21.

Lübeck, den 14. November 1923.

8296)

Städtische Betriebe.

Wir bringen

große Posten Winter-

Mäntel

zu außergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf

Einige Beispiele!

Damen-Mäntel farbige, flauschartige Stoffe mit Stepperei	5 ⁷⁵
Damen-Mäntel verschiedenfarbige Flauschstoffe, neue Macharten	7 ⁷⁵
Damen-Mäntel jugendliche Macharten, offen und geschlossen zu tragen	8 ⁵⁰
Damen-Mäntel jugendliche fesche Formen, moderne Knopf- und Falten-Garnierung	9 ⁷⁵
Damen-Mäntel aus gemusterten Stoffen englischen Charakters	12 ⁷⁵
Damen-Mäntel aus einfarbigen Cupistoffen, flotte Macharten	14 ⁰⁰
Damen-Mäntel beliebte Schlüpferform, aus engl. gemusterten Stoffen	17 ⁰⁰
Damen-Mäntel aus molligen Flauschstoffen in vielen Farben vorrätig	19 ⁰⁰
Kinder-Mäntel in verschied. Stoffen u. Machart. Gr. 60 (jede weitere Größe 0,50 M. mehr)	5 ⁵⁰
Kinder-Mäntel aus molligen Flauschstoffen, moderne Gürtelform Gr. 60 (jede weitere Größe 1,00 M. mehr)	11 ⁰⁰

Preiswerte Sportblusen

Serie I aus dunkelgrün-streiftem Flanell	2 ⁵⁰	Serie II aus mod. hellgestreiftem Flanell m. Perlmutterkn.	4 ⁰⁰	Serie III aus moll. gestreift. Flan. offen u. geschl. zu trag.	5 ⁰⁰
------------------------------------------	-----------------	------------------------------------------------------------	-----------------	----------------------------------------------------------------	-----------------

Preiswerte Damenhüte

Serie I Zylinderhüte, mod. Formen, garniert	2 ⁹⁰	Serie II aus Filz, garniert, mod. jugendliche Formen	3 ⁹⁰	Serie III Silktina, garn. jugdl. Formen, viele Farben	4 ⁵⁰
---------------------------------------------	-----------------	------------------------------------------------------	-----------------	-------------------------------------------------------	-----------------

Mengenabgabe vorbehalten!

Kein Verkauf an Wiederverkäufer!

Holstenhaus

Lübeck

G.m.b.H.

Wir empfehlen:

1a. mitteldeutsche Braunkohlen-Briketts zum Preise von 2 Goldmark.

Meyer & Burmeister,

8277) Hundestraße 76. — Telephon 1750.

Zeitungs-Austrägerin für Rensefeld

zu sofort gesucht bei guter Entlohnung. Zu melden bei: Giese, Rensefeld.

Junges Ehepaar sucht feinz. möbl. Zimmer m. Kochgei., eventl. gegen Geld u. Kartoffeln. Ang. unt. G 449 an die Exp. d. Bl. (8281)

Sportwagen, Kinderstuhl, Kinderbett mit neu. Matratze zu verkaufen. Schaeding, Siemä.

Neue Blockwagen-Achsen gegen Korkrollen zu tauschen. Ang. unt. G 448 an die Exp. d. Bl. (8275)

Auszieh. Kinderbettstelle gegen Waschbale zu vertauschen. (8286) Bakenitzstraße 38/20 (alte Jrenantalt).

1 Bentner Gbartoffeln geg. Babykorb zu tausch. Ang. unt. G 450 an die Exp. d. Bl. (8293)

Kauf v. Gold- und Silber-Bruch Gebirge, einz. Zähne. Willi Westfeling 8278) 32) Goldstr. 32)

Visitenkarten fertigt an die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Brillanten große Objekte, Gold-, Silber-, Mänzen-, Platin-, alte Gebisse kauft ständig Alfred Frick, Huxstr. 63.

Der Neue Weltkalender von 1924

ist erschienen. Grundpreis 90 Pf. Buchhandlung des Lübecker Volksboten, Johannstraße 46.

Ehlers & Reetwisch Holstenstr. 1. St. Petri 2-4. Herren- und Damen-Konfektion Schuhwaren. Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf. 1025a

Alt-Eisen, alte Maschinen Dampfess., Art Duf- u. Schmiedeseisen, Spänes, Schmelz, Gießbruch.
 Alt-Metalle, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Stahlniol, Späne
 Leon Lissianski, Kanalstr. 21 Obertrave 19. Großhandel. Fernspr. 876. Großhandel.
 Papier laufe laufend ab jed. Ort eben Posten. — Beste Absatzquelle für Händler, Klempner, Schmiede, Fabrikationsbetriebe.

DAMENKLEIDERSTOFFE

in reichhaltiger und gediegener Auswahl empfiehlt zu konkurrenzfähigen Preisen, da direkt ab sächsischer Fabrik,
 F. Spethmann, Breite Str. 31 (im Haus Arnold Berg) 8211) Etagegeschäft.

Geschäftsbücher

Schreibblocks
 Rechnungsblocks
 Quittungsblocks
 Kuverts
 Klebemarken
 Kellnerbonsbücher
 Tinte, rot u. schwarz
 Leim, gute Qualität
 Bleistifte, Kopierstifte
 Federn, Federhalter
 zu haben in der (3762)
 Buchhandlung
 Lübecker Volksbote.

Bereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Lübeckisches Sinfonie- und Stadttheater-Orchester.

Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
 Großes volkstümliches Konzert im Gewerkschaftshaus. (Ein Abend im Reiche der heileren Muse) mit Oskar Fetras als Gast. Eintritt 25 Pf. (8292)

Kolosseum

Heute Mittwoch: 8257
 Gr. Ball.
 Joh. und R. Mittag.

Staffenöffn. 5 1/2 Uhr
 Eltern-Gemeinschaft Vorhuf- und Kreditverein zu Lübeck c. G. m. b. H. (8291)
 Außerordentliche General-Versammlung am Freitag, 28. Novbr. abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. 1. Bericht des Vorstandes 2. Änderung der §§ 46, 48, 49 des Statuts. Das Erscheinen sämtlich. Mitglieder erforderlich. Der Aufsichtsrat. J. H.: Emil Rose.

Trocadero. Schlüsselbud. A. F. 787
 Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
 Stimmungskonzerte.
 Fledermaus 8 Uhr. (8104)
 Hanna-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: (8282)
 Frühlingsfee. In Vorbereitung: Das Glüdmädel.
 Volksbühne zu Lübeck e. V. (8287)
 Die Sonntagsnachm. Vorstellungen fall. wegen zu geringer Beteiligung aus.
 Stadttheater Lübeck. Donnerstag, 7,30 Uhr: Schöne Galathee, Brüderlein fein, Ungarische Tänze. Freitag, 7,30 Uhr: (8276) Hölle, Weg n. Erde.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 14. November.

Von Milliarden und Billionen.

Also, der Milliardenchein zählt nicht mehr und, doch konnten wir uns über den tiefen Sinn der Millionenscheine kaum klar werden. Wir machten Witze über den Millionär, verließen den Milliardenär und heute sind wir drauf und dran, über den Billionär verächtlich herabzuschauen. Also, ehe wir recht wußten, was eine Milliarde bedeutet, war dieser rote Buchstabenüberdruck schon verblaßt. Man wird uns aber schon sagen, wie die Farbenpracht der Milliardenheine in früheren Potenzen leuchtet. Man wird Milliardenheine ebenfalls rot überdrucken und uns eintreiben, das sei eine Billion. Und wir werden auch die Billion gedankenlos in die Westentasche schieben, wie man das eben mit Kleingeld tut. Und werden mit Billionen noch ärmer sein, als wir es mit den Milliarden waren. Die Hausfrauen werden seufzen: 'Heut' ist die Margarine auf zwei Billionen geklettert. Keiner wird sich bei den Silben 'Bi-lli-onen', die er plappert, etwas Rechtes vorstellen können, weil unter Zahlenbegriff solche Größen einfach nicht fassen kann.

Mit graut schon jetzt davor, Billionär zu werden; und ich sehe es doch kommen, unabwendbar. Wir sind als Millionäre arm geworden, haben als Milliardenär gedarbt, soll uns nun das zünftigste Schicksal des Billionärs nicht erspart bleiben? Womit haben wir es verdient, so viel zu verdienen? Die Billion wird gewisse Gehaltsempfänger völlig enteignen. Wenn weniger jemals mehr war, so hier, wo das Geld seine letzten Eigenschaften, die es zum Gelbe machen, zu verlieren beginnt. Dieses Geldwesen ohne Sinn und Logik gleicht der Ausgebirt eines Irrenhäuslers.

Der Milliardenbegriff.

Welcher Begriff die Milliarde heute noch ist, möge nachfolgendes Beispiel erhellen: 1 Pfund Schmalz kostete vor wenigen Tagen noch 60 Milliarden Papiermark. Wenn man nun diesen Betrag in 1-Mark-Scheinen zahlen wollte, so müßte man dann, wenn man durchschnittlich 50 Scheine in der Minute zählt, täglich 8 Stunden arbeiten, 48 Stunden die Woche, das heißt 300 Tage im Jahr, um die Scheine vorzuzählen, 8333 Jahre und 100 Tage gebrauchen. Jeder Schein wiegt 0,5 Gramm. Das bedeutet ein Gewicht bei 60 000 000 000 Scheinen, von 30 000 000 Kilogramm. Wenn man diese Scheine herantansportieren wollte, so müßte man 1500 Eisenbahnwagen von 20 000 Kilogramm Tragfähigkeit gebrauchen. Das entspräche annähernd der Länge von 40 Güterzügen.

Was ist eine Billion?

Eine Million Millionen, in Zahlen geschrieben steht sie so aus: 1 000 000 000 000. Wir können uns, selbst mit stark ausgedehntem Zahlensinn, kaum eine Vorstellung machen von solch einer Größe. Das deutsche Reichsgebiet hat die Höhe von 1,5 Billionen Markt erreicht. In einem Aufsatz verläßt Friedrich Wendel uns davon einen Begriff zu geben. Er schreibt: Man nehme an, in 2500 Berliner Wats genehmigen pro Lokal 40 Gäste allabendlich je 10 Schnäpse. Das macht eine Million Schnäpse pro Berliner Abend — eine Ziffer, die sich in diesen Tagen des Volksnotopfers nicht allzu sehr von der Wirklichkeit entfernen dürfte. Um aber eine Billion Schnäpse im erwähnten Abendkonsum zu vertilgen, hätte belagertes Publikum bereits von 27 397 Jahren anfangen müssen zu kaufen, also zu einer Zeit ungefähr, als die Ahnen des seligen Neandertal-Menschen noch nichts von den alkoholischen Erzeugnissen ihrer Späteren ahnten. Wollte jemand sich das Vergnügen machen, die Zahlen von 1 bis 1 000 000 000 000 auf einzelnen Zeileln auszusprechen, wobei wir ihm einen durchschnittlichen Schreibzeitpunkt von 2 Sekunden pro Ziffer zubilligen wollen, so braucht er 2 Billionen Sekunden oder 333 Milliarden und 333 Millionen Minuten oder 55 Milliarden und 555 Millionen Stunden oder 6341 958 Jahre — ein Zeitraum, der, wenn die Abtragung der deutschen Schulden überhaupt für möglich gehalten wird, vielleicht ausreicht für ein solches Unterfangen. Allerdings: das Ausschreiben der Zeileln würde auf Schwierigkeiten stoßen, der Mann würde Kielenalber verschreiben müssen. Eine Zigarette wiegt ein Gramm. Eine Billion Zigaretten wiegt eine Million Tonnen. Die Last von einer Million Tonnen entspricht der Laßfähigkeit von 100 000 Güterwagen oder 2500 Normal-Güterzügen (den Zug zu 40 Wagen gerechnet). Diese Züge (jeder ist 600 Meter lang) würden, wollte man sie ohne Zwischenraum aneinandertupfen, eine Straße von 1500 Kilometer einnehmen, was einer Zugstange Berlin-Paris und zurück entsprechen würde. Ein Kettenraucher, der sein Raucher auf 50 Zigaretten pro Tag steigern wollte, würde an einer Billion Zigaretten 5 794 246 Jahre zu rauchen haben. Die Zeitspanne einer Zeitung enthält durchschnittlich 50 Buchstaben. Sind die Spalte zu 12 Zeilen gerechnet, 18 000 Buchstaben pro dreispaltige Textzeile. Mit einer Billion Buchstaben könnte man 55 555 555 Zeitungsetien füllen oder 6 944 444 achteitige Ausgaben veranstalten, was 19 290 Jahrgängen entsprechen würde.

Wir wollen uns, vorausschauend, fragen, was nach der Billion kommt. Um auf alles gefaßt zu sein. (Bringt die Rentennark die hemmungslos Maschine zum Stillstand, um so besser.) Man muß schon das Verzikon zu Hilfe nehmen, wenn man sich über das vielleicht noch kommende deutsche Zahlungsmittel etwas näher unterrichten will — Trillion. Dieser Zahl trillert der Wahnsinn. Sie ist nicht für den Menschen geschaffen. Es ist mit ihr nichts anzufangen. Wenn wir die Trillion in die Westentasche heften, bricht bestimmt ein höllisches Gelächter los — „Wieviel Gehalt haben Sie in dieser Woche ausgezahlt bekommen?“ Ach Trillionen; allerdings auf Grund des am Montag errechneten Lebenshaltungsindex, der aber am Dienstag längst überholt ist. Diese Differenz gehört mit zum Unternehmerrgewinn. Schon wenn das Geld die Druckmaschine verläßt, ist es entwertet, geschweige dann, wenn der Gehaltsempfänger es in die Hand bekommt. Von diesem mehr, oder weniger frommen Betrug lebt ja unsere ganze Wirtschaft, angefangen vom Geldmacher Staat bis zum Geldgeber Unternehmer. Uns Arbeitenden bleibt wenigstens das stolze Bewußtsein, daß wir einfach gar nicht mehr zu bezahlen sind!

Volle Scheunen. Nach den Vorschätzungsangaben der Statistischen Korrespondenz ist die diesjährige Ernte an Brotgetreide um 46 Prozent höher als im Vorjahr. In Winterweizen wurden 1 455 908 Tonnen gegen 898 882 Tonnen im Vorjahr und an Sommerweizen 250 849 Tonnen gegen 168 489 Tonnen im Jahre 1922 geerntet. Die Ertragnisse an Winterroggen werden auf 5 487 597 Tonnen und die an Sommerroggen auf 80 815 geschätzt. Im Vorjahr betragen sie 3 848 896 bzw. 84 551 Tonnen. Das Weizen im Jahre 1923 beträgt für Winterweizen 68, für Sommerweizen 48,6, für Winterroggen 42,8 und für Sommerroggen 76,9 Prozent. Trotz dieser reichen Ernte hat das Volk dank der häuerischen Raffgier kein Brot und soll nach Graf Westarp's Ausspruch in diesem Winter bei vollen Scheunen verhungern.

Margarine-Spende. Die Margarine-Großhandlung Christian Graeff spendet für Bedürftige eine Kiste Margarine. Sie wurde in Paketen an alle interessierten alte Leute verteilt. — Wie wir hören, ist von der gleichen Firma auch für die Erwerbslosen eine Kiste Margarine gestiftet.

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Der Bezirksvorstand beschäftigte sich am Sonnabend, dem 10. November, mit der politischen Lage und kam zu folgendem Beschluß:

Die Abwehr irgendwelcher Duffche kann nur unter Leitung und Anordnung der zentralen Instanzen geführt werden. Unsere Parteigenossen haben deshalb deren Aufrufe abzuwarten und nur diesen Anordnungen Folge zu leisten.

Irgendwelche Abmachungen und Vereinbarungen mit gegenwärtigen Organisationen seitens unserer Ortsgruppen müssen deshalb auf alle Fälle unterbleiben.

Von alten politischen Vorgängen ist sofort dem Bezirksvorstand Mitteilung zu machen.

Der Bezirksvorstand.
J. A. W. Krüger.

Mietensachzahlung bei vierteljährlicher Vorauszahlung.

Das Einigungsamt schreibt: Mieter, welche die geistliche Miete in Monatsabteilungen im voraus zahlen, haben am 1. Oktober eine höhere Miete gezahlt. Mieter, welche am 1. Oktober die Miete für das Vierteljahr im voraus gezahlt haben, haben am 16. November eine Nachzahlung für die zweite Hälfte des Vierteljahres zu leisten und zwar den Unterschied zwischen der 280 000 000fachen Friedensmiete und der 2 000 000fachen Friedensmiete. Am 1. Oktober ist für das ganze Vierteljahr das 2 000 000fache der Friedensvierteljahrsrate gezahlt worden, also für das halbe Vierteljahr das 1 000 000fache. Nach Senatserordnung vom 27. Oktober gilt vom 16. November das 280 000 000fache der Friedensvierteljahrsrate für das ganze Vierteljahr, also das 130 000 000fache für das halbe Vierteljahr. Es ist also das 130 000 000 — 1 000 000fache = 129 000 000fache der Friedensvierteljahrsrate oder das 84 $\frac{1}{2}$ fache des am 1. Oktober gezahlten Betrages nachzuschaffen.

pb. Geborgene Leiche. Wie berichtet, wurde vor einigen Wochen der handlungsgehilfliche Richard Granzow aus seiner im Bogelsang belegenen Wohnung vermißt. Der Vermißte wurde am Montag als Leiche aus der Trave in der Nähe der Kochschuppen Schiffsverwerft geborgen. Nach Lage der Sache ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Vermißte infolge Unglücksfalles ertrunken ist, denn in seinem Besitze fanden sich alle Wertgegenstände, auch waren sonst keinerlei Spuren wahrnehmbar, die auf ein Verbrechen schließen lassen.

pb. Verderblicher Veltstimmung. Als ein besonders leichtsinniger Mensch einpuppte sich ein 20jähriger Handlungsgehilfe, der bei einer hiesigen Bank ein geringfügiges Konto errichtet hatte und nun das auf dieses Konto lautende Scheckbuch dazu benutzte, für größere Beträge um. Scheck auszustellen, für die bei seiner Bank keine Deckung vorhanden war. Der Handelsbestellene wurde wegen Betruges festgenommen.

pb. Zechprellerin. Wegen Betruges wurde eine Arbeiterin bezw. Buseträgerin von hier festgenommen. Die bereits Verbestrafte hatte mit einer Freundin ein hiesiges Kaffee besucht, sich Kaffee und Kuchen servieren lassen ohne im Besitze von Zahlungsmitteln zu sein. Sie gab an, aggläubt zu haben, daß ein ihr unbekannter Cavalier die Zechschuld übernehmen würde.

pb. Vermißte. Seit dem 10. November wird die 58jährige Witwe Marie Wehnert geb. Enzmann aus ihrer Fleischhauerstraße 49 belegenen Wohnung vermißt. Die alte Dame hat zu der angegebenen Zeit nach einem kleinen Zwißl ihre Wohnung verlassen und ist in der Richtung nach dem Kanal fortgegangen. Mit einem Unglücksfall durch Ertrinken muß daher gerechnet werden.

Die steigende Preiskurve.

Goldlöcher und Goldpreise resp. wertbeständige Zahlungsmittel suchen sich überall durchzusetzen. Genau so wie der Kaufmann seit Jahren danach strebt, durch Hochschaukeln der Preise nach dem Dollarstand seine Substanz und Existenz zu erhalten, ist der Lohnarbeitende gezwungen, seinen Lohn wenigstens soweit zu steigern, daß er für seine Tätigkeit den Wiederbeschaffungspreis seiner Arbeit erhält. Das war bis jetzt nicht der Fall. Er kam immer zu kurz und war immer mehr zum Einknechten gezwungen. Und wenn es so weiter geht, dann wird es auch mit der Einführung der Goldmarklösung nicht anders. Ein Vergleich einiger Preise innerhalb zweier Wochen bestätigt dies:

	am 1. November 23	13. November 23
am 1. November 23 2,8 Pf. 13. November 23 3,5 Pf.		
Cartoffeln	31	34
Petroleum	18	25
Sirup	18	25
Speisefett	18	25
Speck	1,-	1,70
Malz	18	22
Werte	11	28
Buchweizengrüze	22	35
Hafersgrüze	19	40
Gerstgrüze	18	38
Graupen	18	33
Hafersflocken	18	37
Wetjenmehl	16	30
Cartoffelmehl	17	24
Bohnen, weiße	16	29
Rubeln	30	40
Maffaroni	33	46
Margarine	88	77

Die paar Goldmark, die der oder jener am Lohnungstag erhielt, haben diesen Sprung nicht ausmeßen können.

Vor der Katastrophe. Es wird jetzt allerhöchste Zeit, daß das Reich für ausreichende wertbeständige Zahlungsmittel sorgt. Denn schon mehren sich die Klagen, daß bei Zahlungen die Papiermark direkt verweigert wird. Hohen und wucherischen Aufschlag nehmen die Großhändler so schon. Ein neues Beispiel zeigt der Lederhandel. Das Leder war von jeher ein spekulativer, geminnbringender Artikel im Besitze kapitalstärkiger Ledergrößen. Schon seit längerer Zeit verkaufen die Ledergrößen nur nach Dollarpreisen. Nunmehr aber haben sie ihre Forderungen auf wertbeständige Währung bei sofortiger Bezahlung eingestellt. Andernfalls aber wird der dreifache Betrag in Papiermark verlangt. Das Kilo Leder kostet jetzt dem Kleinmeister schon 1,8 Dollar und würde demnach in Papiermark auf 5,40 Dollar zu stehen kommen. Da nun aber der Schuhmacher keine Denken und keine Goldmark hat, muß er den hohen Preis bezahlen, denn es besteht für ihn keine Möglichkeit, die Forderung zurückzuzahlen, wenn der Kleinleberhändler selbst den verlangten Preis bezahlt hat. Der kleine Schuhmacher ist aber nicht mehr in der Lage, eine halbe Haut Leder einzukaufen

zu können. Da aus einem Kilo Leder etwa 4 Paar Sohlen nebst Abfällen gewonnen werden, so kostet eine vollkommene Beschulung im Einfaß, wenn der Meister nochtragungen in Papiermark zahlt, bereits 1,80 Dollar. Kommen dann noch die Löhne und Unkosten hinzu, so erschreckt man, wenn man an den Preis denkt, den der Konsum zahlen muß, aber in den weitläufigsten Fällen garnicht mehr zahlen kann. Wenn der Großhandel ungestrahlt mit der Papiermark wie oben geschildert die Preise weiter korrigieren kann, ohne von den Bucherbehörden daran gehindert zu werden, dann wird Deutschland in kurzer Zeit eine Nation von Barfußlern sein und die Kleinmeister selbst werden elend zugrunde gehen.

Verflechtungstaktik der Werkunternehmer.

Ueber die Neuregulierung der Goldlöcher auf den Seeschiffswerken wird dem Hamburger Echo mitgeteilt: Am 12. November fand zwischen den Parteien eine Verhandlung statt, die wiederum scheiterte, weil die Arbeitgeber über das einmal von ihnen gemachte Angebot nicht hinausgehen wollten. Zu Dienstag, 13. November, war daraufhin vom Reichsarbeitsministerium ein neuer Termin zu einem Sonderberufungsausschuß angesetzt. Die Norddeutsche Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller, Abteilung Schiffswerken, teilte jedoch dem Schlichtungsausschuß wie auch der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes telephonisch mit, daß sie als Arbeitgeber zu diesem Termin nicht erscheinen würden. Am 13. November vormittags teilte weiter das Reichsarbeitsministerium telephonisch mit, daß die angeführten Verhandlungen in der Lohnstreitfrage der Schiffswerken auf kurze Zeit verschoben seien. Weitere Mitteilungen in dieser Angelegenheit würden umgehend folgen. Diese Verschiebung ist darauf zurückzuführen, daß die „Norddeutsche Gruppe“ zu Dienstagvormittag drei ihrer Vertreter nach Berlin entsandte zwecks persönlicher Rücksprache im Reichsarbeitsministerium. Das Reichsarbeitsministerium hatte dieserhalb durch den Schlichtungsausschuß Hamburg bei der Organisationsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes anfragen lassen, ob sie mit einer kurzen Verschiebung der Verhandlung einverstanden sei. Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes lehnte eine Verlegung des Termins ab, da sie die Verantwortung für eventuell ausbrechende Differenzen mit den Werken nicht übernehmen könne. Trotz alledem scheint, wie die Verschiebung der Verhandlung beweist, der Nachhilfe der Werkunternehmer für das Reichsarbeitsministerium maßgebend gewesen zu sein. Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat sofort nach Empfang des Telegramms eine telegraphische Ermüdung an das Reichsarbeitsministerium geschickt, in der gegen die Verlegung der Verhandlung protestiert wird, weil dadurch eine Lohnregulierung vor dem Zahlungswiederum unendlich gemacht ist. Da die vom Arbeitsministerium angelegten weiteren Mitteilungen noch nicht eingetroffen sind, kann über die Festlegung eines neuen Verhandlungstermins vorläufig noch nichts gesagt werden. Aus diesen kurzen Darstellungen aber mag die Arbeiterklasse schon erkennen, welche Schwierigkeiten gemacht werden, um für sie Löcher herauszuholen, mit denen sie wenigstens einigermassen leben kann.

Die gesundheitliche Lage des deutschen Volkes.

Ein kurzgefaßtes Gesamtbild von der gesundheitlichen Lage des deutschen Volkes, wie es sich gegenwärtig darstellt, entwirft das Mitglied des Reichsgesundheitsamtes, Prof. A. Möllers, in einem Aufsatz der „Deutschen Rundschau“. Er wendet zunächst auf den zunehmenden Geburtenrückgang hin, den die Stillfütter mit dem Anstieg des Dollarkurses in eine ebenso traurige wie bezeichnende Beziehung gesetzt haben. Die Geburtsziffer von 1922 mit 17,3 auf je 1000 war die niedrigste, die bisher — von den letzten Kriegsjahren abgesehen — in Deutschland festgehalten wurde und ist z. B. in England sehr viel höher. Die Sterblichkeit hatte sich 1921 erheblich gebessert, ist aber 1922 wieder auf 12,6 Sterbefälle pro 1000 in den Großstädten gegen 11,5 im Jahre 1921 gestiegen. Daß die Todesfälle nicht noch stärker zunahmen, erklärt sich aus der bekannten Tatsache, daß Entbehrungen und Hunger nicht sofort töten, sondern erst nach langem Leiden das Ende herbeiführen. Als Zeichen der zunehmenden Hungersnot werden aber schon wieder, wie im Kriege, Nebenerkrankungen, Mägenkrankungen infolge verdoorbener Lebensmittel sowie Erkrankungen an Erorbut als Folge einseitiger Ernährung gemeldet. Vor allem aber nimmt die Tuberkulose als Todesursache fürchtbar zu. Während 1921 in den deutschen Großstädten an Tuberkulose 22 438 Personen starben, waren es 1922 25 125, also 3887 Personen mehr, und im 1. Halbjahr 1923 erlagen der Seuche 1792 Personen mehr als im gleichen Zeitraum 1922. Besonders traurig ist es, daß sich die Sterblichkeit an Tuberkulose im Kindesalter in den letzten Monaten bis in die jüngsten Altersstufen hinein sehr vermehrt hat. Neben der Tuberkulosesterblichkeit bilden die Gesundheitsverhältnisse der Säuglinge einen wichtigen Gradmesser für die Gesundheitslage eines Volkes. Während des Krieges ging es den Säuglingen sehr schlecht, weil man ihnen meist nur die Mütter ihre Kinder selbst nährten, und die Säuglingsfürsorge besonders lachhaft eingeseht hatte. Nach dem Kriege ist dann der Rückgang der Milchproduktion und die gewaltige Verteuerung der Milch für Säuglinge und Kleinkinder am nachdrücklichsten geworden. Nicht besser geht es der heranwachsenden Schuljugend, die oft ohne Unterwäsche, ohne Strümpfe, Hemd und Schuhe zum Unterricht erscheint. Die ärztlichen Untersuchungen der Schulkinder haben erwiesen, daß durchschnittlich 50 Proz. von ihnen blutarm und unterernährt sind und hinter dem Normalmaß in Wuchs und Wachstum zurückbleiben. In großer Notlage sind heute die berrigsten Kranken- und Pflegeanstalten, und daß sie eine sehr viel geringere Belegung als früher aufweisen, ist wahrlich kein Zeichen günstiger Verhältnisse, sondern kommt daher, daß die Kranken die Betten nicht mehr aufbringen können. Auch die deutschen Ärzte leiden Not, da die Krankenkassen meist in entwertetem Gelde zahlen, und die Privatpatienten nur in äußersten Notfällen den Arzt holen.

Sinnvolle Versammlungen, Theater usw.

Aktion Parteigenossen! Der Beitrag beträgt für die zweite Hälfte November für Männer 10 Pf., die Woche, für Frauen 5 Pf., für zwei Wochen. Die Beitragstaxierer werden ersucht, die alten Markenbestände abzulesern und die neuen Marken in Empfang zu nehmen.

Aktion Bauarbeiter und Zimmerer! Ueber die Bauarbeiten bei der Firma Ehrlisch & Söhne, Schwartauer Allee ist die Sperre verhängt. Kein organisierter Arbeiter darf dort selbst in Arbeit treten.

Die Vorstände obiger Gewerkschaften.
Sozialdemokratischer Verein, 7. und 7a, Distrikt. Donnerstag, den 15. November, abends 7 1/2 Uhr in der Schule Wöhltinger Allee (Ecke Meierstr.); Mitglieder-Versammlung. Er ist ein Pflicht.

Stadttheater. Donnerstag: „Schöne Galathée“, „Brüderlein fein“, „Ungarische Längle“. Freitag: „Erfassung“, „Die Beg und Erde“ von Georg Kaiser.

Angrenzende Gebiete.

W. Schönberg i. Meckl. Zinsnechtigt. Ueber dieses Thema sprach am Sonntag nachmittag Herr Klant in Hamburg in einer öffentlichen Versammlung. Juden war der Zutritt verwehrt. Die Arbeiterkraft war zahlreich vertreten. Herr Klant aus Hamburg, der über gewaltige Stimmmittel verfügt, aber über wenig Wissen, hielt eine Rede, die wohl auch bei seinen Freunden etwas Verleumdung auslöste. Herr Klant erwies sich als ganz gewöhnlicher Schwärzer, der von der Politik und von der Wirtschaft keine blasse Ahnung hat. Jeder zweite Satz seiner 1 1/2 stündigen Rede gipfelte darin, daß die Juden an allem schuld sind und daß wir einer neuen Währung bedürftig seien. Hierzu müsse jede Familie Opfer bringen. In der freien Aussprache nahm zuerst Parteisekretär Weitz die Worte, der betonte, mit dem Referenten über Sozialismus und Marxismus zu debattieren, müsse er ablehnen, da der Redner hier von, wie keine Ausführungen gelte, nichts, aber auch garnichts zu sagen vermöge. Er wolle schon feststellen, eine solche Krant und Mühenrede ohne jeden geistigen Gehalt sei ihm in seiner 30jährigen öffentlichen Tätigkeit noch nicht zu Ohren gekommen. Das könne vielleicht daher, weil Herr Klant jeden Morgen zum Frühstück einen Juden verzehre. Gen. Weitz zeigte die Mängel der neuen Rentenmarkt auf. Wenn Herr Klant meine, daß jeder Opfer bringen müsse, so möge er doch so ehrlich sein und den Anwesenden sagen, daß ohne Erfassung der Sachwerte eine Besserung der Finanzwirtschaft nicht eintreten kann. Dies sei eine Forderung der Sozialdemokratie. Gen. Weitz, dem die Versammlung, auch der bürgerliche Teil, aufmerksam zuhörte, hatte den Beifall auf seiner Seite. Nachdem der Kommunist Hartmann aus Schönberg gesprochen hatte, erhielt Mittel von der K.P.D. in Lübeck das Wort. Auch Mittel zerwarf Herrn Klants Rede. Doch ein weniger Geschrei hätte auch für Mittel einen größeren Erfolg gebracht. Hinter jedem Redner sprach Herr Klant. Besonders beleidigt fühlte er sich, daß unser Genosse Weitz ihn einen Kranten- und Mühentreibner nannte. So inhaltslos wie sein Referat waren auch die Gegenreden. Dafür, daß auch der Humor zur Geltung kam, sorgten der Vorsitzende und Herr Mittel. Gen. Schröder ließ die Herren am Vorstandstische Speigeln laufen. Hoffentlich haben die Schönberger von dem Aufmarsch der Wöllichen genug bekommen. Die Sozialdemokratische Partei wird demnächst in einer öffentlichen Versammlung zu allen den dringendsten Fragen Stellung nehmen.

Dmit. Eine Riste mit zwei Zentnern Sprengstoff kam aus Hamburg mit der Bahn hier an und sollte nach Heibdorff weiterbefördert werden. Die Behörden bekamen Wind von dieser Sache und beschlagnahmten die Sendung. Der damit in Verbindung stehende kommunistische Stadtverordnete Boehm und drei Arbeiter in Heibdorff sind verhaftet worden.

Sagenow. Bei der Amtsvertreterwahl wurden 13786 Stimmen abgegeben, von denen 13292 gültig sind. Es erhielten die Deutschnationalen 12 Sitze, die Beamten 2, die Sozialdemokraten 8 Sitze und die Kommunisten einen Sitz.

Mölln. Kreisarbeitsgemeinschaft Quedlinburg. Am Sonntag, den 18. November 1923 findet nachmittags 2.30 Uhr in Büchen bei Schulz eine Kreisvertreterversammlung statt, zu der alle Ortsvereine einen Vertreter entsenden. Vortrag über die politische und wirtschaftliche Lage und unsere Partei.

Kiel. Im Pachgarten ermordet. Am 12. November, abends gegen 11 Uhr, wurde die 42jährige Ehefrau Behrends, wohnhaft Reichenstraße 13, in der Gartenbude ihres Gartens am Haselbiedtsdamm Weg tot aufgefunden. Die Verstorbene hatte nachmittags gegen 4 Uhr ihre Wohnung verlassen, um Gemüse in dem Garten aufzunehmen. Als sie dann bis abends nicht wieder in ihre Wohnung zurückgekehrt war, forschte ihr unruhig gewordener Ehemann in dem Garten nach, wo sie er in der Gartenbude, auf dem Rücken liegend, als Leiche vorfand. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß an der Frau ein Notzuchtverbrechen begangen und der Tod durch eine Kopferlenkung eingetreten ist.

Hamburg. Dampfzer "Berum" gekentert. Der Dampfer "Berum", welcher sich im Schleppe des der Küstentransport- und Bergungs-L.G. Hamburg, gehörenden Schlepddampfers "Wolf" auf der Reise von Malta nach Hamburg befand, ist während des an der spanischen Küste herrschenden Sturm am 5. d. M. gekentert. Die Mannschaft des Dampfers ist von dem Schlepper "Wolf" gerettet und in Vigo gelandet.

Gewerkschaften.

Ein Stück Mittelalter. Gegen die unabhängige Arbeiterbewegung hat die Kirche schon oft gewettert und alles mögliche versucht, die Arbeiterkraft von den freien Gewerkschaften abzu-

halten. Das aber in heutiger Zeit noch die Machtmittel der Kirche anwandt werden, um die Leute bei der Stange zu halten, sollte man kaum für möglich halten. Und doch ist es so. Eine Bischofskonferenz in Fulda faßte folgenden Beschluß: "Es ist den Katholiken nicht gestattet, den freien Gewerkschaften als Mitglieder anzugehören, einerlei, ob es sich um Gewerkschaften für Arbeiter oder solche für Angestellte oder Beamte handelt. Wenn die Katholiken die Möglichkeit haben, sich in Verbänden zu organisieren, die ihren religiösen Interessen nicht entgegenstehen, so sind sie verpflichtet, aus den freien Gewerkschaften auszutreten. Wenn Katholiken trotz erfolgter Aufklärung und obwohl ihnen Eintritt in eine andere Organisation möglich ist, dennoch als Mitglieder in den freien Gewerkschaften verbleiben, so sind sie zu dem Sakramentene Empfang nicht mehr zugelassen." Die Kirchenfürsten sind selbstverständlich die richtigen Vertreter der Arbeiterschaft. Einer von ihnen im dunklen Krug sagte einmal: "Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben." Und so denken sie alle; sie versehen die Zeit nie.

Eine Bilanz.

Wirtschaftlich: Krise. Betriebsstilllegungen. Betriebseinschränkungen, d. h. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Hohe Lebensmittelpreise, niedrige wertunbeständigen Löhne. Das Volk muß hungern bei vollen Scheunen.

Politisch: Reaktion. Ausnahmezustand, Rechtsputz in Bayern. Faschisten, Kommunisten in den von deutscher und bayerischer Reichswehr besetzten Gebieten, Separatisten in den vom französischen Militärismus besetzten Gebieten. Unterdrückung überall.

Sozialpolitisch: Arbeitszeitgesetzentwurf. Vorkriegsarbeitszeit. Arbeiterrecht- und Arbeiterschutzwürfe — in der Schwere. Kranken- und Angestelltenversicherung vor dem Zusammenbruch. Alters- und Invalidenrenten zum Verhungern. Ziel "freies Spiel der Kräfte", der Unternehmer soll wieder Herr im Hause sein. Abbau aller "hemmenden" Vorschriften; dann "Wiederaufbau der Wirtschaft".

Gewerkschaftlich: Lähmung, finanziell durch Geldentwertung und Arbeitslosigkeit, innerlich durch kommunistische Zersetzung. Statt uneingeschränkter Vertrauen und eifriger Mitarbeit, Schimpfereien über Verrat und Quertreiberei. Verzweiflungstimmung statt Entschlossenheit zur Interessensvertechtung auf dem Boden gewerkschaftlichen Kampfes.

Kulturell: Graues Elend. Keine Kohlen für den Winter und keine Kartoffeln. "Erparung" der Beleuchtung und der Heizung. "Erparung" der Zeitung. Zusammenschumpfung der Gewerkschaftspressen, Erparung der Bücherbeschaffung. Abbau der Bildungsinstitutionen. "Abbau" auf allen Gebieten. Unterernährung. Verbungen der Greise und der Kinder. Die Besitzenden verweigern die nötigen Steuern, bereichern sich am Elend und lassen sich um Wohlthätigkeit ansehen. Nur die gekaufte "Wissenschaft" blüht noch und der Vorkriegsport. Werglaube verdrängt Aufklärung. Gewalt zerritt Recht. Kriegsfolgen.

Ein Menschenalter hindurch wurde der Arbeiterschaft gepredigt: Vereint! Einig! Werdet einig, bleibt einig in der Bekämpfung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das wollten viele vor fünf Jahren plöglich begriffen haben. Selbsttäuschung. Auch das Wenige, das der üble Lehrenmeister Krieg sie gelehrt, haben sie längst wieder vergessen. Sie glaubten ernten zu können, wo sie nicht gesät hatten. Ihren Irrtum sahen sie nicht ein.

Es ist Zeit zur Selbstbesinnung. Heraus aus der Lethargie, heraus aus der Verzweiflungstimmung, heraus aus der Weltrevolutionäromantik, der der Achskundentag als viel zu lang erschien! Fort mit den "Einheitsfront"-Parolen, zur Einheitsfront! Uns hilft kein Gott und kein Moskauer wir müssen uns selber helfen. Nicht die Verzweiflung darf uns dabei leiten, sondern die Erkenntnis, die zielbewusste Entschlossenheit. Noch ist es nicht zu spät, aber es ist höchste Zeit!

Genossenschaften.

Umstellung auf Rentenmarkt. Eine der dringendsten Maßnahmen der Konsumgenossenschaften ist die Festlegung werbeständiger Geschäftsteile in dem Augenblick, da ein werbeständiges Zahlungsmittel des Reiches, nämlich die Rentenmarkt, die Grundlage aller Geschäftsführung bilden wird. Sobald die Konsumgenossenschaften im Verkehr mit ihren Mitgliedern werbeständig geworden sind, was schnellstens anzustreben ist, wollen sie nicht mit der Papiermarkt zugrunde gehen, ist zuerst der Geschäftsteil auf Rentenmarkt festzusetzen. Nach der streng juristischen Auffassung des Reichsjustizministeriums bedarf es einer Gesetzesänderung, um die rechtliche Grundlage für die Festlegung der Geschäftsteile und Kapitalsummen in Rentenmarkt zu schaffen. Von dem freien Ausschuss der genossenschaftlichen Zentralverbände sind Schritte getan worden, um eine entsprechende Not-

verordnung zum Genossenschaftsgesetz herbeizuführen. Der Erlaß ist in kürzester Zeit zu erwarten. Nachdem die Genossenschaften in ihren Einnahmen werbeständig geworden sind, muß auch eine Reorganisation des genossenschaftlichen Sparfassenwesens erfolgen. Auch der Sparfassenverkehr muß wieder werbeständig werden. Es empfiehlt sich, ihn ebenfalls auf Rentenmarkt zu stellen, also Rentenmarkt entgegenzunehmen und Rentenmarkt wieder auszu zahlen. Durch restlose und hingebende Arbeit muß auch der Wiederaufbau der Konsumgenossenschaftsbewegung betrieben werden ohne beräufschenden Wratzen, aber dafür auch mit Aussicht auf Erfolg und Zielerreichung.

Mißbrauch der Konsumgenossenschaften. Zur Zeit der Kommunischerlichkeit in Sachsen hatten der Arbeitsminister und seine kommunistischen Kollegen vom Wirtschafts- und Finanzministerium nach Chemnitz eine Konferenz einberufen, zu der Betriebsräte, Kontrollausschüsse und Konsumgenossenschaften öffentlich eingeladen waren: Angeblich sollte über Mittel und Wege beraten werden, wie Arbeit und Ernährung der werktätigen Massen sicherzustellen seien. Selbstverständlich lag für die Konsumgenossenschaften kein Anlaß vor, der Konferenz fernzubleiben. Wenn eine Regierung zur Erörterung von Ernährungsfragen aufruft, sind die Konsumvereine die Besuenen, die zu erkämpfen haben. In Wirklichkeit hat man sie aber zu politischen Zwecken zu mißbrauchen versucht. In den mehr als dreißigjährigen Neben der Minister wurden allgemein bekannte Tatsachen breitgetreten, während die stundenlange Aussprache sich fast ausschließlich um die Frage drehte, ob der Generalsekretär beginnen solle, als dessen Hauptbefürworter der damalige kommunistische Ministerialdirektor Brandler auftrat. Generalsekretär vorzuziehen, gehört bekanntlich nicht zu den Aufgaben der Konsumgenossenschaften, die rein wirtschaftliche Organisationen sind und sein und bleiben müssen, wenn sie nicht elend zugrunde gehen sollen. Wie es mit kommunistischem Fortschritt und kommunistischem Rönnen bestellt ist, mag nur wieder einmal damit erklärt werden, daß der verlassene kommunistische Finanzminister Böttcher dem Verbands höchster Konsumvereine dienlich mitteilte, daß das Finanzministerium (unter kommunistischer Leitung) völlig außerstande sei, dem Verbands höchsten Konsumvereine einen Kredit von 1500 Billionen Mark einzuräumen, da die Beschaffung der nötigsten Mittel auch für die Staatsverwaltung und die Aufrechterhaltung der Staatsbetriebe den größten Schwierigkeiten begegne. — Mit diesem Bescheide vergleiche man das kommunistische Geschrei nach Staatskrediten, und man wird sogleich erkennen, daß nicht bessere Einigkeit, sondern politisches Agitationsbedürfnis Verwirrung in den Konsumgenossenschaften will. Trotz der höchsten Priester bemüht man sich weiterhin, die Genossenschaften — unter dem Deckmantel von "Ernährungskonferenzen" — vor den kommunistischen Parteikaren zu spannen. Die Vereine seien einbringlich gewarnt, sich darauf einzulassen. Die Aufgaben der Konsumvereine liegen völlig außerhalb des Rahmens der Parteipolitik. Wer sie in diese hineindrängt, verkehrt seine genossenschaftlichen Pflichten auf das schwerste.

Briefkasten.

Hypothek. Bei der Kündigung der Hypothek kommt es auf die Bedingungen an, die doch vertraglich festgelegt sind. In der Regel ist die Kündigungsfrist ein halbes Jahr. Kündigung ist beim Hypothekengläubiger anzubringen. Die Frage, ob die Hypothek zum Goldkurs zurückgezahlt werden muß, ist noch nicht entschieden. Gegen Entrichtung einer Gebühr können Sie im Grundbuchamt die auf dem Grundstück liegenden Lasten entlehen.

Getreidemarkt.

(Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.)
Cam burg, 13. November.
Getreide. Bei fester Haltung kam vereinzelt etwas Geschäft zustande. Vorliegende Offerten für Getreide waren heute überwiegend in Papiermarkt ausgestellt, und zwar forderte man bei Börsenbeginn für Weizen 3,5—3,7; für Roggen 3,1—3,3; für Hafer 3—3,2; für Gerste 3,4—3,6 Millionen Mark je Zentner; für Raps 15—15 1/2 fl. für Hirse 7—7 1/2 fl. und für Weinsaat 13—14 fl. je 100 Kilo.
Sen und Stroh. Cam burg, 13. November. Im Großhandel stellt sich der Preis für Weizenheu, löse 1,80, do. gepreßt 2,30, Getreidestroh, gebündelt 1,40, do. gepreßt 1,60 (alles je Zentner in Goldmark frei Waggon incl. Verladestation ertl. Deckenmiete.) Tendenz: ruhig.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inland Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Der Sonnenempel der Inkas.

Keine der vergangenen Kulturen übt heute auch nur einen annähernd ähnlichen geheimnisvollen Zauber aus wie das Reich der Inkas in Peru, das von der Goldgier des Abendlandes vernichtet wurde. Große moderne Dichter, wie Gerhart Hauptmann und Eduard Stauden, haben sich in diese exotische Welt höchster Prachtentfaltung und weiserster Organisation versenkt und diese verunkelne Kultur in farbenblühenden Bildern wieder heraufbeschworen. Wie aus einem fernen Utopien klingt zu uns die Erzählung von diesem Sozialstaat vor einem halben Jahrtausend, der die Zukunftssträume moderner Denker verwirklichte und Einrichtungen schuf, wie sie heute von manchem erstrebt werden, Kommunismus, mit Imperialismus verwandt, die Wehr- und Mähpflicht jedem zum Gesetz machte, die Faulheit bestrafte und das Volk gegen Not schützte. Diesen Sozialstaat der Vergangenheit schildert Otfried von Guericke in einem bei Carl Reißner in Dresden erschienenen Buch "Die Welt der Inkas". Hier werden wir auch zu den großen religiösen Festen geführt, in denen die Sonnenerührung dieses Volkes gipfelte, in die Zempel der Inkas erregt noch heute nach den erhaltenen Resten die größte Bewunderung. Da die meist baumlosen Berghänge wenig Bauholz lieferten und die Erdbebengefahr massive Bauten forderte, so türmte man gewaltige Steinblöcke übereinander, die aller Zerwürzungswart der Elemente und Menschen widerstanden haben. Die Zukunftsung der Steine erreichte einen solchen Grad der Genauigkeit, daß es an vielen Stellen nicht möglich ist, auch nur die Schneide eines Messers in die Fugen zu bringen. Die Inkas bejahen einen Mörkel, von dem berichtet wird, daß ihm Silberlegierungen beigeigigt waren, und die hier nach diesem Silber veranlagte die Spanier, ganze Gebäude unter ungeheuren Mühen niederzubrechen. Wie die Felsblöcke der gigantischen Festungswerte auf die Höhen geschafft wurden, ist ein noch ungelöstes Rätsel. Wir wissen nichts von den technischen Hilfsmitteln, die man dabei verwendete, welche Flachsengänge man erkann, um solche riesigen Felsblöcke die steilen Rände hinaufzuführen. Noch heute geht die Sage von dem sogenannten "mäden Stein", den 20 000 Pferde nicht zu bewegen imstande wären und der liegen geblieben sein soll, weil er "mäde" war. Die Ueberlieferung berichtet, daß sich solche Blöcke bei dem Hinaufziehen losließen und im Sturz hunderte von Arbeitern zerschmetterten. Die Hauptstadt des Inkareiches, Kuzko, befah eine Fülle prägnanter Bauten, von denen das Hauptheiligtum des Landes, der Sonnenempel, das prächtigste war. Die Wände der großen Halle, die heute noch das Schiff der Dominikanerbrüder bildet, waren von unten bis oben mit Goldplatten bedeckt. Am nördlichen Ende bestand das Bild der Sonne aus goldenen Platten gearbeitet und der Strahlenwand war rings mit goldbaren Edelsteinen ein-

geschützt. Längs der Seitenwände saßen auf goldenen Sesseln die eingetrockneten Körper der verstorbenen Könige. Unmittelbar an die Sonnenhalle stieß die ganz mit Silber ausgekleidete Kapelle der Wandgöttin Quilla. Rund um das Bild der Göttin saßen hier auf silbernen Sesseln die Muncica der rechtmäßigen Göttinnen der Inkas. Alle Türen des Tempels waren mit Gold- und Silberplatten belegt. In einem der Tempelhöfe befand sich das größte Wunder von Kuzko, der goldene Garten. Nach den Schilderungen handten hier goldene Göttergärten, goldene Tierfiguren, aus Silber gearbeitete Büsche und Bäume, deren zarte Zweige im Winde schaukelten. Maisstauden waren mit silbernen Stengeln und Blättern sowie goldenen Fruchtstolben gebildet. Auf den Ästen saßen aus Gold getriebene Vögel; Käfer und Schmetterlinge mit Flügel aus Edelsteinen schienen in der Luft zu fliegen; Eidschnecken, Schlangen und Schnecken, alle aus Gold und Silber mit Edelsteinen, krochen über den Boden. Phantastische Blumen schmückten die Beete, und zwischen dieser unwirklichen Pracht prosperierten natürliche Sträucher und wurden von Wasser getränkt, das in goldenen Röhren aus Basalt aus dem gleichen Metall zugeleitet wurde. Alle diese Herrlichkeiten des Sonnenempels, neben dem das Kloster der dreitausend Sonnenjungfrauen lag, wurden bei der Plünderung Kuzkos durch die Spanier unter Hernando Pizarro im Jahre 1533 vernichtet. Die Goldplatten der Tempelwände wurden ebenso wie die Kunsterwerke des goldenen Gartens fortgeschleppt und wanderten in den Schmelztiegel. Einem einfachen Soldaten fiel das größte Heiligtum der Inkas zu, das goldene Bildnis des Sonnengottes, und in der nächsten Nacht hatte er es — verpiest! Der Tempel wurde geschleift und zum Teil zum Bau der ersten christlichen Kirche verwendet. Die Jungfrauen des Sonnenklosters, deren Schandung als größtes Verbrechen der Inka-Religion galt, wurden den Soldaten überlassen. Schließlich ließ der damals herrschende Inka Ruzko selbst anwand, bis es ein einziges Feuermeer war. Ungeheure Schätze wurden mit der Stadt begraben. Oft stieß man in späterer Zeit noch in irgend einer Mauer oder in einem Hofe unermutet auf Reichtümer. Ein Apotheker soll über 70 000 Dukaten Goldwert in einer Wand seines Hauses gefunden haben. Auch heute noch ruhen große Schätze in tiefen Schluchten, in Einsamkeit und Seen rings um die Stadt und ziehen immer wieder Abenteuerlustige an, nach diesen Reichtümern der Inkas zu fahen.

Nahrung, die große Kräfte gibt.

Holzfäller haben eine besonders schwere Arbeit, denn sie müssen in Wind und Wetter anhalten, um die biden Stämme zu fällen. Die kanadischen Holzfäller bevorzugen nun in ihrer Nahrung Bohnen und essen auch sehr viel Schwarzbrot, denn sie glauben, daß diese Speise ihnen besondere Kräfte verleiht. Diese Ueber-

lieferung mag einen Wahrheitskern in sich schließen, denn die moderne Ernährungswissenschaft hat gezeigt, daß die alte Anschauung, nach der Fleisch die meisten Muskeln verleiht, durchaus nicht richtig ist. Es gibt ganze Völker und Berufsklassen, die ungewöhnlich kräftig sind und doch nur wenig oder gar kein Fleisch essen. Der chinesishe Ault, der fast nur von Reis lebt, ist viel kräftiger und zäher als der Neger, der Fleischnahrung bevorzugt. Die Araber, die sich vorwiegend von Datteln nähren, sind sehr widerstandsfähig und können in glühender Hitze den ganzen Tag arbeiten, während der fleisshessende Europäer unter solcher Bedingungen sehr schnell erlahmt. Zu den kräftigen Männern der Welt gehören die türkischen Lastträger. Diese türkischen Träger leben fast ausschließlich von getrockneten Früchten und Oliven. Der spanische Bauer, der über große Kräfte verfügt, nährt sich von Schwarzbrot, Zwiebeln und etwas Käse. Die Italiener, die als unermüdete Arbeiter in der ganzen Welt bekannt sind, leben sehr einfach und nähren sich ebenfalls zum großen Teil von Zwiebeln und Früchten. Der kanadische Polarforscher Stefansson, der länger als irgend ein anderer Weißer im Polargebiet gelebt hat, hat monatelang nichts anderes als Fisch und nahm trotz dieser einseitigen Nahrung an Gewicht bedeutend zu. Schon im Altertum findet man dafür Beispiele, daß ohne Fleischnahrung sehr bedeutende Arbeiten geleistet werden. Die römischen Legionäre führten als "eisene Nation" schwarzes Brot und getrocknete Früchte mit sich, und sie waren bei ihren weiten Märschen oft gezwungen, von dieser Nahrung zu leben, wobei sie ihre überaus schwere Rüstung und Gepäd tragen, große Strecken zurücklegten und Straßen bauten.

Bemühungen zur Behebung der Arbeitslosigkeit.

SAD. Vom Deutschen Textilarbeiterverband wird uns u. a. geschrieben: Der Einzelhandelsverband der Textilindustrie erläßt einen Aufruf zur Bildung einer Notgemeinschaft. Die Verbandsmitglieder sollen sich verpflichten, für einen bestimmten Zeitraum ihre Waren außergewöhnlich billig zum Verkauf zu bringen, um Gelder flüssig zu machen, die der Industrie auf dem Wege neuer Auftragserteilung zugeführt werden sollen, damit der Arbeitslosigkeit gesteuert werde. Die Industrie wird aufgefordert, durch billige Angebote dem Einzelhandel Gelegenheit zu geben, das Vorhaben längere Zeit durchzuführen. Im einzelnen wird vorgeschlagen, daß Industrie und Großhändler mit Vorerbeständen zu 25 Proz. unter Tagespreis jenen Detaillisten liefern, die sich verpflichten, das gleiche Opfer zu bringen.

Von Interesse ist, daß die führende Zeitschrift für Modewaren und Konfektionsgewerbe, Webereien, Spinnereien und Färbereien, "Der Konfessionär", sich wagt für die Notgemeinschaft einzusetzen, deren praktische Wirkung darauf hinausläuft, durch Entgegenkommen dem geschmähten Konjum gegenüber die Produktion neu zu beleben und der Arbeitslosigkeit damit zu steuern